**Zeitschrift:** Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten

an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH; Verband

Studierender an der Uni VSU

**Band:** 51 (1973-1974)

Heft: 6

Heft

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# züreher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH-Z

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber Redaktion und Verlag: Rämistr. 66, 8001 Zürich, Tel. Ø (01) 47 75 30 Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich Tel. © (01) 47 34 00, Telex 55 235 Erscheint neunmal jährlich Jahresabonnement (inkl. «konzept») Inland Fr. 18.—, Ausland Fr. 20.—

Warum der «Frieden» und der «Sonnenschein» besetzt wurden

# Hegibachplatz: 80 Zimmer frei!

Ursprünglich am 24. November sollte der Termin ablaufen, an dem laut den Anweisungen eines Vertreters der Kriminalpolizei die besetzten Häuser am Zürcher Hegibachplatz hätten geräumt werden müssen – er wurde nun auf den Frühling hinausgeschoben. Aus den 80 wohnlichen Zimmern der beiden guterhaltenen Liegenschaften liessen sich mit geringstem Aufwand Buden für Studenten und Lehrlinge herrichten, die dem eklatanten Zimmermangel in Zürich etwas entgegenwirken würden. Trotzdem will die Besitzerin, die Generalunternehmung Mobag, auf dem Grundstück einen Büroneubau errichten.

Die beiden Häuser «Frieden» und «Sonnenschein» bildeten zusammen mit einem bereits abgerissenen Gebäude und einer Kapelle das ehemalige Altersheim der Gemeinmitztigen Gesellschaft Neumünster. Diese Gesellschaft hat 1971 das alte Altersheim und einen Teil ihrer Parzelle den Mobag für 4,5 Mio. Fr. verkauft und mit dem Erlös auf dem Restteil der Parzelle ein neues Altersheim errichtet. Die Mobag hat schon beim Kauf die Baubewilligung für die Erstellung eines Verwaltungsgebäudes an der Stelle der alten Liegenschaften erhalten. Was passiert ist: Eine Generalunternehmung offeriert für ein Grundstück einen hohen Preis, weil sie gewiss ist, diesen mit der ebenfalls hohen Rendite aus einem Büroneubau rasch amortisieren zu können. Der Sachzwang ist somit bereits geschaften: Das Bürohaus muss – mitten in einem Wohnquartier – gebaut werden, da sonst die erhoffte Rendite ausfällt. Ein Stück wohnliche Stadt stirbt aus.

Im Winter 1972/73 finden Obdachlose Unterschlupf in den Häusern, unter innen Ali Baba, «Alleimunternehmer in Sachen Kunst, Revolution und Reinigung» (s. zs. Nr. 51:5, Okt. 73). Ein «Seibsthilfeverein Lebensraum» (SVL), dem Vertreter der studentischen Wohnschmission (WOKO), des Speak-out (Unterstützung von Strafgefangenen und Strafentlassenen) und des Drop-in (Hilfe an Drogenabhängige) angehören, nimmt Verhandlungen mit der Mobag auf – mit dem Ziel, diese dazu zu bringen, dass sie die Häuser an wenig bemittelte Wohnungsuchende vermietet. Die Mobag geht zuerst auf die Verhandlungen ein, weist dann aber darauf hin, dass ihr Rekurs gegen das Abbruchverbot immer noch pendent sei, obwohl ihn das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement schon vor einigen Wochen abgewiesen hat, Auf weitere Vorstösse des SVL gibt die Mobag keine oder dann eine abschlägige Antwort

### Besetzung

Die Häuser stehen seit zwei Jahren leer – trotz Wohnungsnot! –, als am 29. August dieses Jahres Quartierbewohner und Mitglieder des Quartierkomitees Hottingen-Riesbach-Hirslanden

zur Besetzung schritten. Noch am selben Tag erstattet die Mobag Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs. Die Quartierbewohner werden über eine Wandzeitung auf der Strasse, über Flugblätter und Veranstaltungen informiert. Sofort macht sich eine erfreuliche Solidarität bemerkbar: Möbel und Nahrungsmittel werden abgegeben, innert zehn Tagen sind über 1000 Unterschriften beisammen. Der «Frieden» und der «Sonnenschein» befinden sich in gut erhaltenem Zustand. Keine Spur von Verlotterung; in den Zimmern Parkette, wie sie heute nieht mehr zu finden sind. Einzig an einer Stelle über dem Treppenhaus eines Hauses ist die Dachbedeckung aus Blech weggerissen: Ein wenig Wasser ist eingedrungen und hat im Innern den Gips auf rund zwei Quadratmetern von der Decke bröckeln lassen. Ein Augenschein zeigt, dass dieses Blech mutwillig verbogen wurde: Der geringe Schaden, der damit erzeugt wurde, genügt eben, um ein Haus für abbruchreif zu erklären.

#### Umbau für Notwohnungen...

Ein Umbau würde – sofern man ihn auf ein vernünftiges Mass beschränken würde – nur geringe Mittel erfordern. Auf den Etagen müsste je ein Bad mehr und vielleicht eine kleine Küche eingerichtet werden. Berechnungen einer Arbeitsgruppe von drei Architekten und einem Soziologen haben ergeben, dass dies mit einer Summe von rund 100 000 Franken möglich sein sollte. Für den Rest wäre mit einer Aufforderung an jeden Hausbewohner, sein Zimmer nach seinem Geschmack anzustreichen, schon genug getan.

Die Hausbesetzer haben den Stadtrat

Die Hausbesetzer haben den Stadtrat aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Häuser als Notwohnungen für wenig bemittelte Wohnungsuchende eingerichtet werden. Weder das Sozialamt (für die Funktion dieses Amtes ist es bezeichnend, dass es sich gerade dort drückt, wo soziale Konflikte entstehen könnten) noch das Bauamt II wollte sich der Sache annehmen. Den Besetzern wurde in einem Brief lakonisch mitgeteilt, dass sie die Antwort des Stadtrats auf Ihre Forderung der Beantwortung eines Postulats Uchtenha-

gen im Gemeinderat, die in der Presse erschienen sei, entnehmen könnten.

### .. oder Sozialtourismus?

Gemeinderätin Lilian Uchtenhagen (soz.) hatte den Stadtrat ersucht, das Ausnahmegesuch der Mobag für einen Abbruch der Häuser nicht zu unterstützen und die Häuser z. B. als Unterkünfte für reisende junge Leute (als Entlastung der Jugendherberge) zu verwenden. Der Stadtrat war bereit, dieses Postulat auch entgegenzunehmen und erklärte, die Stadt sei mit der Mobag in Verhandlung, um diese Möglichkeit abzuklären. Für die Wiederinstandsteilung veranschlagte er 480 000 Fr. Das Postulat wurde vom Gemeinderat nicht überwiesen.

Dass die Verwendung der Häuser für den Sozialtourismus dem Stadtrat besser ins Konzept passt als die Schaffung von Notwohnungen für Zürcher, liegt auf der Hand, sitzt doch Behörden und Bauunternehmern noch die Angst vor einem zweiten Fall «Venedigstrasse» in den Knochen. An dieser Strasse wollte 1971 die «Rentenanstalt» ein paar in venezianischem Stil gebaute (daher der Name der Strasse) Häuser abreissen,

An ihrer Stelle klafft seit mehr als zwei Jahren ein Loch. (Wer's nicht glaubt, fahre einmal mit dem Siehner oder dem Neuner bis Bahnhof Enge und schaue sich die Sache an.) Vierzig Leute hätten dort noch zwei Jahre lang wohnen können.

Die Besetzer der Hegibach-Häuser lehnen den stadträtlichen Lösungsvorschlag ab, einmal, weil er ihnen zu aufwendig scheint, weiter, weil sie es dringender finden, der Stadtbevölkerung ein anständiges Dach über den Kopf zu gewähren, als den Tourismus – in welcher Form auch immer – anzukurbeln. Auf ein Inserat im «Tagblatt» hin meldeten sich 80 Mietinteressenten. Ein Teil dieser Bewerber wohnt heute in den Häusern, unter ihnen eine 75jährige Frau, der es dort sehr gefällt. Im Garten wurde ein Kinderspielplatz eingerichtet, Schülerfeste wurden organisiert, die Kapelle und der grosse Speisesaal dienten für Ausstellungen (gegenwärtig läuft eine grosse Ausstellung verschiedener Künstler, z. B. mit Ali Baba) oder Filmvorführungen.

#### Ali Baba mit Fernsehen

Die Besetzer sind zu Bewohnern geworden. Sie haben die ärgsten Defekte selbst behoben und sich häuslich eingerichtet. Der fehlende Anschluss an das Elektrizitätsnetz konnte anfänglich nur mit Kerzen umgangen werden, dann wurde eine Notstromgruppe installiert,



Häuserbesetzung gegen Häusermord.

um an jener Stelle einen Büroneubau zu errichten. Die Stadt hatte der Versicherungsgesellschaft sogar die Strasse verkauft, die auch hätte überbaut werden sollen. Der Widerstand der Hausbewohner hatte nur mit Polizeieinsatz gebrochen werden können. Die Solidarisierung der Stadtbevölkerung war so weit gediehen, dass mehrere tausend Personen an einer Protest-kundgebung teilnahmen. Die Häuser wurden dann auch prompt abgerissen.

und jetzt ist der Anschluss an den Strom wieder so perfekt, dass sogar die Zimmer elektrisch beheizt werden können. Auch das Wasser wurde wieder angeschlossen, und die Wiederinstandstellung der Heizung wird ins Auge gefasst. Alles in allem hat man's recht gemütlich: Im Zimmer von Ali Baba ist sogar ein Fernsehapparat zu finden.

All dies soll jedoch nicht zu übereiltem Optimismus verleiten. Denn die

### Gilgens Besen

Ausländer sollen künftig an der Uni Zürich nur noch zwölf Semester studieren dürfen, Semester an andern Hochschulen mitgezählt. So will es der Senatsausschuss. Später soll die Fremdenpolizei keine Aufenthaltsbewilligumgen mehr ausstellen (ausser die Universität habe eine Ausnahmeverlängerung erteilt). Regierungsrat Gilgen vom Erziehungsdepartement wollte Ausländer gar nach zehn Semestern zur Schweiz rauswarfen Lessen

gar nach zehn Semestern zur Schweiz rauswerfen lassen.
Von den gegen 10 000 Zürcher UniStudenten sind nur rund zehn Prozent Ausländer, Gleich hoch ist der Ausländeranteil bei den rund 500 Studenten, die schon länger als 14 Semester studieren. Die Einsparung an Studienplätzen fällt also kaum ins Gewicht. Dies macht deutlich, dass Gilgens Vorstoss mit Massnahmen gegen Kapazitätsengpässe herzlich wenig zu tun hat.

mit Massnahmen gegen Kapazitätsengpässe herzlich wenig zu tun hat.
Sein neuester Kraftakt zielt vielmehr
fegen bestimmte missileibge Studenten. Da Gilgen offenbar dem Glauben
verhaftet ist, an der Uni kehre Ruhe
ein, wenn man nur einige angebliche
ausländische Drahtzieher vor die Tür
stelle, versuchte er dieses Jahr bereits
zwei deutschen Kommilitonen die Uni
Zürich zu verleiden. Beim einen verhinderte er fürif Monate lang die Aussahlung des Stipendiums, musste dann
aber mangels juristischer Grundlagen
klein beigeben. Beim andern versuchte
er, die routinemässige Verlängerung
der Aufenthaltsbewilligung durch die
Fremdenpolizei mit haltlosen Verdächtigungen zu hintertreiben. Vorläufig
ohne Erfolg. Nachdem der Law-andorder-Politiker zweimal auf die Nase
gefallen ist, will er sich offenbar die
nötigen rechtlichen Grundlagen bereitstellen.

Gülgens Politik erweist sich als offen fremdenfeindlich und repressiv. Die Wähler von der Nationalen Aktion werden ihre helle Freude an einem Ezziehungsdirektor haben, der zwar kein hochschulpolitisches Konzept vorzuweisen hat, dafür mit dem eisernen Besen umzugehen weiss.

Jürg Frischknecht

Häuser gehören immer noch der Mobag, die nach wie vor die Absicht hat, an deren Stelle einen Büropalast zu errichten. Privateigentum an Grund und Boden, eine an Wachstum und möglichst hohen Profiten interessierte Wirtschaft sollen einmal mehr ein Stück Stadtsubstanz vernichten und die Ocede von Glas und Aluminium, die Sterilität ratternder Schreibmaschinen und klingeinder Kassen dorthin verlegen, wo heute noch buntes Treiben von Menschen herrscht.
Für die Studenten ist es geradezu

Für die Studenten ist es geradezu eine moralische Pflicht, den Kampf für die Erhaltung der Hegibach-Häuser zu unterstützen. Es liessen sich dort 80 Zimmer in der Nähe der Hochschule gewinnen.

Ungereimte Bekenntnisse zu einer skandalösen Bodenpolitik der Stadtbehörden

# Der Wirtschaft Millionen verschenkt

Man fährt in Zürich nicht schlecht – wenn man wirtschaftlich stark genug ist, zum Beispiel zum ITT-Konzern gehört: Die «Standard Telephon und Radio AG» (STR) liess ihre Unternehmenstätigkeit von der Stadt Zürich mit einem Geschenk in der Höhe von rund 12 bis 15 Mio. Franken honorieren, bestehend aus einem viel zu hohen Landpreis, einer unberechtigten Um-

Dass die Zürcher Stadtbehörden grösseren und kleineren Fischen aus dem unternehmerischen Karpfenteich die besten Laichplätze auf Kosten der gewöhnlichen Wohnbevölkerung zuschanzen, war wohl schon immer da. Relativneu ist der Umstand, dass solchen Skandalgeschichten in der Oeffentlichkeit die nötige Beachtung geschenkt wird, Der Beispiele sind genug: Zu einem Spottpreis wollte der Stadtrat die ganze Venedigstrasse der Renten-

anstalt verschachern, damit diese ihren Bürobau anstelle der alten, schönen Wohnhäuser noch profitabler gestalten könne; die schutzwürdige Villa Paracelsus in bester Wohnlage am See wurde von der Stadt dem Verwaltungsgebäude der Elektro-Watt geopfert; in unmittelbarer Nähe lieses Stadtrat Frech die Villa Herold blitzschnell abreissen, als sich die Opposition im Volk und im Parlament regte; die unter Denkmalschutz stehenden Bärengasshäuser

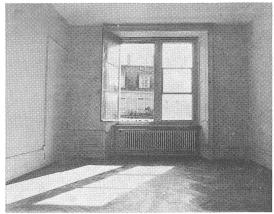
triebsentschädigung und einem lächerlich kleinen Mietzins. Gut in mangelhafte Information verpackt wurde das Geschenk vom Stadt- durch den Gemeinderat geschleust, Durch eine SP-Initiative ist es leider doch noch in der Oeffentlichkeit ausgepackt worden, wobei sich allerhand stadträtliche Widersprüche herausgestellt haben.

Beat Schweingruber

wurden auf Kosten der Stadt über die Talstrasse verschoben, damit sich der Bankverein ungehindert ausdehnen konnte (darüber werden wir in der nächsten Nummer berichten) und so weiter...

weiter...

Im Fall der «Standard» geht es einmal nicht um Land, das die Stadt der
Wirtschaft zu billig und am falschen
Ort abtritt, sondern um erworbenes,
das mehrfach überzahlt worden ist. Der
umstrittene Kauf liegt zwar mehr als



80 gut erhaltene Zimme

ein Jahr zurück. Die näheren Umstände aber wurden erst nach und nach durch eine kürzlich lancierte SP-Initiative und daraus entstandene Kontroverse er-

#### Doppelter Quadratmeterpreis

Die Initiative verlangt die Erhaltung Die Intuative verlangt die Eratitung der «roten Fabrik», wie die Backsteingebäude der STR im Volk genannt werden, und deren Unwandlung in ein Kultur- und Freizeitzentrum. (Nähere Angaben dazu finden sich auf dem Intiativbogen in dieser Nummer.) Die Stadt hatte allerdings die Liegenschaft am See in unmittelbarer Nähe des Bahn. am See in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Wollishofen in der Absicht ge-kauft, die 1965 renovierten Gebäude nach Auszug der STR niederzureissen, um a) Platz für gewaltige Strassener-weiterungen zu haben und b) den Rest in eine Seepromenade zu verwandeln.

Einer der heute heftig umstrittenen Punkte ist der Landpreis. Das Grund-stück besteht zum grösseren Teil aus sogenanntem Konzessionsland, das Ende des letzten Jahrhunderts mit Be-willigung des Kantons durch Seeaufwilligung des Kantons durch Seeauf-schüttung gewonnen worden war. Die Konzession war allerdings mit der Auf-lage verbunden, dass der private Besit-zer das Land unentgeltlich der Stadt Zürich abtreten müsse, wenn diese eine öffentliche Anlage darauf errichten wolle.

Dieser Fall ist nun eingetreten. Trotzdem hat die Stadt das Land mit einem Quadratmeterpreis von über 1000 Franken mehr als voll entschädigt. Die NZZ sprach zwar von einem (von der STR aus gesehen) wrecht freundlichen Preiss, Nun beleht uns aber das berühmte Gutachten von Prof. H. Jürgensen, dass in Wollishofen 1970 der durchschnittliche Preis der gehandelten Grundstücke 700 Franken genandeiten Grundstucke 700 Franken pro qm betrug. Dabei ist zu berücksich-tigen, dass im Prinzip das Grundstück in einer Freihaltezone liegt, was die Verwendungsmöglichkeiten erheblich einschränkt und damit den Marktpreis sehr stark nach unten drückt, «Frei lich» war der Preis dann also schon eher für die «Standard» – einem Priva-ten hätte sie das Land kaum für mehr als 500 Fr./qm andrehen können

#### Widersprüche zwischen Stadtrat und STR-Direktor

Damit ist aber die Frage, ob ein Teil des Landes nicht überhaupt unentgelt-lich abzutreten gewesen wäre, noch völlig unberücksichtigt. In der Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat stand kein Wort darüber, dass es sich

um Konzessionsland handle. Der CVP-Stadtrat und Finanzdirektor Dr. Max Koller betonte in einem Radiointerview am 20. Oktober, der Stadtrat habe

am 20. Oktober, der Stadtrat habe davon nichts gewusst. Nicht ganz derselben Meinung ist STR-Generaldirektor W. Thierstein. In einem betriebsinternen Anschlag führte er aus: «Richtig ist, dass die Stadt unseren Standpunkt teilte, dass nach über 70jähriger Nutzung auch Konzessionsland nicht entschädigungslos enteignet werden kann. Der ausgehandelte Preis stiltze sich auf ein Gutachten eines namhaften Architekten, welches die Stadt ebenfalls anerkannte». Das bedeutet nichts anders, als dass bei den Kaufverhandlungen, lange vor dem Abfassen der Weisung, die Frage des Konzessionslandes aufgeworfen wurde.

Der Entscheid, ob nun der Generaldirektor oder der Stadtrat die Unwahrheit sagt, fällt schwer. Ueberlassen wir seren Standpunkt teilte, dass nach über

heit sagt, fällt schwer. Ueberlassen wir ihn der NZZ. Sonst eher der Gralshüter inn der NZZ. Sonst einer der Grafshüter behördlicher Unfehlbarkeit (solange die Behörden bürgerlich sind), schreibt sie am Tag des Radiointerviews, die Juri-sten des Bauamts I hätten 1969 und 1970 die Rechtsverhältnisse bei Auf-schitthweisel studiersisse die schüttungsland studiert und seien zur Erkenntnis gelangt, dass es schwierig Erkenntnis geiangt, dass es schwierig sei, eindeutige Schlüsse zu ziehen, Immerhin sei es unzweifelhaft, dass das «Standard»-Land im allerbesten Fall gegen Rückerstattung der seinerzeitigen Aufschüttungskosten zu haben gewesen wäre.

Soweit die NZZ. dimmerhin» hätte die Rückerstattung der Kosten von Andie Rückerstattung der Kosten von Andie Rückerstattung der Kosten von Andie

die Rückerstattung der Kosten von An-no Domini einen Bruchteil der 14,5 Milno Domini einen Bruchteil der 14,5 Mil-lionen Franken ausgemacht, die jetzt bezahlt worden sind. Vor acht Jahren hatte der heutige Kantonsrat Franz Schumacher als Baujurist in der Stadt-verwaltung vorgeschlagen, zur Frage der Konzessionslandentschädigung einen Pilotprozess durchzuführen, not einen Phiotprozess durchzutunren, not-falls bis ans Bundesgericht. Es gibt nämlich noch eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Fälle. Der Stadtrat zog es offenbar vor, diese Frage nicht abzu-klären und den Sachverhalt dem Parla-ment vorzuenthalten.

### Eine gesetzwidrige Umtriebsentschädigung

Ebenso pikant wie der zu hohe Land-preis ist die ausgerichtete Inkonve-nienz- oder Umtriebsentschädigung in der Höhe von 7 Millionen Franken, Solder Hone von 7 millionen Franken. Sol-che Entschädigungen werden nur im Enteignungsfall als Abgeltung der Um-zugskosten geleistet. Nun handelt es sich hier aber nicht um eine Enteig-nung, sondern um einen freien Verkauf. Als im Juni 1972 einige Gemeinderäte diesen Betrag beanstandeten, erklärte

der Stadtrat, es handle sich um eine Vorwegnahme der Enteignung. Das-selbe wiederholte Finanzvorstand Koller auch vor einem Monat in besagtem Radiointerview. Ein paar Sekunden später fuhr er aber weiter: «Die Stan-dard wollte umziehen, das ist richtig, weil sie sich dort nicht mehr ausdehnen kann, aber ausdehnen muss.»

Man muss sich schon Mühe geben, solchen Bocksprüngen stadträtlicher christlichsozialer Volkslogik zu folgen. Aber man versteht dann vielleicht bes ser, warum die Stadt Zürich kein Geld

Moment! Moment! Der Herr Koller hat noch andere Argumente: Es hätte die Gefahr bestanden, dass die Stan-dard ganz aus Zürich ausziehe, nach-dem sie bereits einen Teil des Betriebs nach Wädenswil verlegt habe. «Das nach wadenswi veriegt nace. Możs kann der Stadtverwaltung, aber auch der Bevölkerung von Zürichw, weiss Herr Koller zu berichten, anicht völlig gleichgültig sein, wenn ein solcher Be-trieb, der immerlin einigen Dutzend, wenn nicht einigen hundert Leuten Arbeitsplätze bietet, zum grossen Teil Wehnert zum gede zusen weient am Wohnort, nun nach aussen verlegt wird, womit diese Leute zu Pendlern werden müssen.»

Es ist wirklich rührend, wie sich der Es ist wirklich ruhrend, wie sich der Stadtrat Sorgen darüber macht, dass ein paar Dutzend Arbeitnehmer zu Pendlern werden könnten, nachdem er jahrelang tatkräftig eine Politik betrie-ben und unterstützt hat, die Tausende von Arbeitnehmern zu Pendlern werden liess. Abgesehen davon hat die STR die liess. Abgesehen davon hat die STR die Pläne für ihren neuen Betrieb am Frie-senberg längst in der Tasche, und es fragt sich, ob die Gefahr der gänz-lichen Abwanderung tatsächlich be-standen habe, Zudem ist für die Wollishofer ein Arbeitsweg nach dem Friesenberg auch nicht gerade ein Katzen-

#### Faule Ausreden am Radio

Offenbar hat der Vorwurf von Kan-tonsrat Schumacher, die 7 Millionen seien absolut gesetzwidrig, den Stadtrat doch verunsichert. Koller fährt fort: rat doch verunsient. Koller lant lort: «Ob das nun im Sinne des Abtretungs-gesetzes absolut unter allen Titeln be-tragsmässig ausgewiesen ist, kann man sich fragen. Aber man fand, im Inter-esse der Erhaltung der Standard in Zürich solle man da ein Entgegenkommen treffen.»

Fin etwas merkwilrdiges Entgegen Ein etwas merkwürdiges Entgegen-kommen, denn es geht weiter: «Hätte ein Privater das Gelände erworben, so hätte er vielleicht diese Unterscheidung zwischen Kaufpreis und Inkonvenienz-entschädigung gar nicht gemacht, oder

wenigstens wäre diese vielleicht kleiner gewesen, dafür der Kaufpreis höher gewesen, dajur der Kaufpreis innner wie-Da aber unsere Kaufpreise immer wie-der als Beispiel für andere Fälle die-nen, sind wir daran interessiert, dass sie möglichst nieder gehalten werden, und darum wählte man diesen Weg.»

Besser kann sich einer wohl kaum in seiner eigenen Argumentation verstrikken. Entweder hat der Stadtrat eine ungerechtfertige Entschädigung ausbe-zahlt und damit ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Oder dann hat er einen astronomischen Landpreis als niedrigeren getarnt, was natürlich nie mand merkt, vor allem die Spekulanten nicht. Dass bereits der wniedrigen Landpreis das Doppelte dessen beträgt, was noch als angemessen hätte be-

zeichnet werden können, haben wir am Anfang nachgewiesen.

Die STR hat jetzt übrigens Grundstück und Gebäude für fünf Jahre von der Stadt gemietet. Für 600 000 Fran-ken im Jahr. Das sind 2,8% (zwei komma acht) der gesamten Kauf-summe. Nicht einmal im sozialen Wohnungsbau werden solche Zinsvorteile gewährt. Die STR muss wirklich notleidend sein.

oend sem.

Wahrscheinlich haben sich die cleveren Manager der STR nach Kaufabschluss an einem Bankett totgelacht. Hoffentlich hat die Stadt wenigstens das Bankett noch bezahlt. Ein Trinkgeld war man den Kerlen ja noch schuldig.

Beat Schweingruber

Zu einer Veranstaltung über die Armee an der ETH

### Offiziere rufen SOS

Bundesrat Gnägi, Oberst von Däniken und die Redaktoren von «focus», «offensiv» und «konzept» hätten eines gemeinsam: Zu einer Diskussion über schienbann. Zu eine Diskisson über Sinn und Zweck der Schweizer Armee seien sie (und Leute ihres Schlages überhaupt) schon gar nicht mehr fähig, und am besten schliesse man sie daher gleich von Anfang an von dieser Diskussion aus. Also forsch und unzweideutig wurde man anlässlich eines Podiumsgespräches zum Thema «Sinn und Zweck der Schweizer Armee» darüber belehrt, was ein progressiver, dynamischer, phantasievoller, aber sachlicher Kompaniekommandant heute an Demokratieverständnis mitbringen darf, Pech für diesen Herrn Mæder war nur, dass sich durch die Erwähnung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung» von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung» von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung» von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung» von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung von «Pazifisten, extremen Sozialinung» von «Pazifisten» von «Paz Sinn und Zweck der Schweizer Armee nung von «Pazifisten, extremen Sozialisten usw.» als von der Diskussion Aus-zuschliessende gleich zwei Podiumsteilnehmer getroffen fühlten und höflich anfragten, ob sie gleich selber rausge-hen sollten... Da musste er denn doch einiges zurücknehmen.

Aber nun mal schön der Reihe nach m 6. November veranstaltete die Stu-entische Organisation für Selbsthilfe (SOS-eth) eine Diskussion Nationalrat Dr. Th. Gut (1 zwischen Nationalrat Dr. Th. Gut (fdp.), Dr. K. Mæder (Kp Ktl) und Oberstätvisionär Trautweiler einerseits und Dr. Günther Nenning («Neues Forum», Wien), Beat Kappeler (Journalist) und R. Rüegg (Schweiz, Friedensrat) anderseits, Ueberflüssigerweise wurde zu Anfang noch der Expofilm über die Schweizer Armee vorgeführt; ich hatte allerdings das Glück, wenigstens die ersten paar Minuten dieser Mischung aus Indianerspielchen und Rührseligkeit zu verpassen, denn schon vor dem Auditorium stiess man auf ein Zeugnis echter studentischer Selbsthilfe: Vor jedem Eingang stand ein wachsames (fdn.). Audiorium stiess man aur ein Zeugnis eichter studentischer Selbsthilfe: Vor jedem Eingang stand ein wachsames Auge des Gesetzes bzw. der Securitas AG und forderte jeden, der da die heilige Halle zu betreten wünschte, zum Vorzeigen seiner Legi auf. Und wenn man, wie es bei mir der Fall war, dies wichtige Panierchen verzessen hatte. wichtige Papierchen vergessen hatte, so brauchte es erst mal längere Diskusso brauchte es erst mal langere Diskus-sionen, um sich trotzdem reinzumogeln – leider allerdings mit dem Eindruck, die aufwendigen Saalschutzmassnah-men hätte man auch gleich von Anfang an weglassen können. Aber offenbar huldigten die Veranstalter dem schönen Glauben, wer entweder eine Legi habe oder den Mannen von der Securitas einen so bodenständigen Eindruck mache, dass sie ihn trotz Fehlens der Legi reinliessen, der würde automatisch auch der Anordnung des Diskussions. leiters Alfons Gratwohl, sich der Dis kussion doch bitte zu enthalten, mit militärischer Präzision nachkommen.

Richtig gelesen! Denn das schien für den SOS-Präsidenten an diesem Abend die vordringlichste Sorge zu sein: jedes Abgleiten der Diskussion auf Gebiete, in welchen allgemeines Theoretisieren durch Behandlung konkreter Auseinandurch Behandlung konkreter Auseinandersetzungen hätte ersetzt werden müssen, von Anfang an mit aller Schäffe zu verhindern. Wer's nicht glaubt, für den wollen wir mal wörtlich zitieren: Nach der Intervention von C. Frei (mit Legi, liebe Securitas!), man solle nun mal endlich auf die verschiedenen Vorfälle in Rekrutenschulen zu sprechen kommen statt sich weiterhin surrechen kommen statt sich weiterhin sprechen kommen, statt sich weiterhin Geschwafel Maederscher Prägung an-Geschwafel Maederscher Prägung anzuhören, und man solle über diesen Themawechsel abstimmen, meinte Freund Gratwohl: «Abstimmen? Also: Ich bin dagegen!» – womit denn nicht etwa eine vorgängige Bekanntgabe seiner Meinung zur Abstimmungsfrage gemeint war, sondern die Publikumsbefragung als ganze als nicht den Wünschen der Veranstalter entsprechend bachab geschickt wurde: Demokratie in Seenot. Seenot.

Das Schönste kam aber erst noch nämlich die Begründung für solche Ab-klemmerei: Man habe jetzt so viel für

diese Veranstaltung gearbeitet, telediese Veranstattung gearbeitet, tele-phoniert, geschrieben usw., dass es doch einfach nicht gehe, «etwas ande-res» zu diskutieren als vorgesehen. Wie wenn dringend notwendige Konkretisie-rung und Aktualisierung die Abände-rung eines Themas bedeuteten!

Man wundert sich vielleicht, weshalb hier nicht detaillierter referiert wird, was denn nun eigentlich von den einzelnen Podiumsteilnehmern ausgeführt zelnen Podiumsteilnehmern ausgeführt-wurde. Aber da die systematische Ab-würgung der Teilnahme des Publikums am Gespräch jeden kritischen Impuls, jede neue Perspektive aus der Zuhörer-schaft zurückdrängte, blieb es eben bei einem recht konventionellen Schlagab-tausch ohne die Möglichkeit, die. theo-retischen Deduktionen an aktuellen Beispielen zu überprüfen und zu korri-eiren Anders war das zur wen ein-Beispielen zu überprüfen und zu korrigieren. Anders war das nur, wenn ein
Referent gleich von sich aus seine Ausführungen beispielhaft belegte, wie
etwa Dr. Nenning, der für seine Thesen, Neutralität sei eine Funktion der
umgebenden Grossmächte und die
Armee diene in erster Linie als Disziplinierungsinstrument der Bevölkerung,
stets mehrere überzeugende Konkretisierungen vorbrachte; besonders eindrücklich waren dabei Zitate von
Uebungsannahmen, die Æbekämpfung
langhaariger, demonstrierender Jugendlichern und «Vorgehen gegen eine Zusammenrottung italienischer Gastarbeiter» hiessen.

Ein Fazit zu ziehen, erübrigt sich. Allzu deutlich hat sich gezeigt, im Interesse welcher Klasse Veranstaltungen abgehalten werden, deren Organisation in den Händen von Rechtfertigungsideologen des Bestehenden liegt. Den dass unsere Armee eine Klassenarmee des Kapitals ist, diese Erkenntnis konnte schliesslich durch die Referate der Herren Trautweiler, Gut und des Kapitals ist, diese Erkenntnis konnte schliesslich durch die Referate der Herren Trautweiler, Gut und Maeder höchstens noch bekräftigt werden. Statt einr Zusammenfassung deshalb noch ein Zitat: Oberstdivisionät Trautweiler meinte: Æs ist sehr gut, dass über die Schweizer Armee diskuttert wird – eine Organisation, über welche man nicht diskutiert, wäre zum Sterben verurteilti» Nein, Herr Trautweiler: Die Macht des Herrn Bührle wächst genau dann am meisten, wenn man nicht darüber spricht – Instrumente der Unterdrückung und Ausbeutung lieben den Mantel der Verschwiegenheit! Unser Aufgabe ist es, diesen Mantel zu zerreissen. Auch den über dem Unterdrückungs- und Ausbeutungsinstrument namens Schweizer tungs instrument namens Schweizer Armee.

Werner G. Hoffmann

### «Rote Fabrik»: Begegnungsstätte für jung und alt oder Abbruch für Expressstrasse?

### SP-Initiative in Zürich-Wollishofen für ein Kultur- und Freizeitzentrum

Die unterzeichneten Stimmberechtigten, in der Stadt Zürich wohnhaften Bürgerunten und Bürger unterbreiten dem Präsidenten des Gemeinderates der Stadt Zürich, gestützt auf Artikel 15 der Gemeinderordung der Stadt Zürich vom 26.4.1970, folgende Initiative:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat – allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung – schnellstmöglich eine Vorlage über die Umwandlung der städtischen Lie die Umwandlung der städtischen Liegenschaften Kataster Nr. 4772 und Nr. 4326 an der Seestrasse 395, 407 und 409 in ein öffentliches Kulturund Freizeitzentrum, welches von der Stadt Zürich verwaltet werden soll, zu unterbreiten, wobei die bestehenden und noch verwendbaren Bauten erhalten bleiben müssen, Insbesondere ihre schutzwürdigen Teile.

Die acht Erstunterzeichner sind er-ächtigt, die Initiative mit einstimmimächtigt, die Initiative mit einstimmi-gem Beschluss zugunsten eines allfäl-ligen Gegenvorschlages des Stadtrates zurückzuziehen.

zurückzuziehen. Jürg Biteril, Bezirksanwalt, Seestrasse 241, 8038 Zürich/Hāns Fässler, Typograf, Honrainweg 13, 8038 Zürich/Hāns Fässler, Typograf, Honrainweg 13, 8038 Zürich/Jürg Kaufmann, Gemeinderat, Mittelschullehrer, Westbühlstrasse 20, 8038 Zürich/Sing Franz Schumacher, Kantonsrat, Rechtsanwalt, Austrasse 49, 8045 Zürich/Sonja Crespo, Hausfrau, Bellariastrasse 57,

8038 Zürich/Richard Erni, Bootsbauer, Ankerweid 3, 8041 Zürich/Jörg Frauen-felder, Planer, Sternenstrasse 30, 8002 Zürich/Paul Wahl, Sanitärmonteur, Mut-schellenstrasse 10, 8002 Zürich Beginn der Unterschriftensammlung 14. September 1973

### Begründung

Begründung

Der Stadtrat hat 1972 mit der Standard Telefon und Radio AG einen Kaufvertrag geschlossen: Rund 13 500 qm Land zwischen See und Seestrasse, grossentells am inde es 40. Jahrhum Millionen Franken erworben, obwohl der Kanton seinerzeit die Aufschüttungsbewilligung mit der Auflage versehen hatte, später das Land unentgeltlich für einen Grünzug an die Stadt der Standard 7 Millionen Franken (1) Um zugskosten war erhält ein Mier Letten. Obendrein «schenkte» die Stadt der Standard 7 Millionen Franken (1) Um zugskosten war erhält ein Mier Letten, erst geschen hat die für 7 Millionen Franken brandversicherten, erst 1965 renovierten Gebäude für den Ausbau der Stadtrat die für 7 Millionen Franken brandversicherten, erst 1965 renovierten Gebäude für den Ausbau der Stadtrat die für 7 Millionen franken brandversicherten, erst 1965 renovierten Gebäude für den Ausbau der Willionen Stadt zur Verfügung zu stellen. Die über 50 000 cbm umbauten

stellen.

Die über 50 000 cbm umbauten
Raum umfassenden Hauptgebäude mit
vielen kleinen Räumen und einigen
grossen Sälen können mit geringen
Kosten in eln ideales Kultur- und Freizeitzentrum umgewandelt werden.

Selbst ein anspruchsvollerer Ausbau wäre mit rund 6 Millionen Franken verhältnismässig billig (zum Vergleich: Das 30-Millionen-Projekt Jugendhaus Drahtschmidli umfasst ebenfalls etwas über 50 000 cbm. Eine herrliche Lage im Grünzug verbindet sich mit einer guten Verkehrserschliessung zum Quartier und den meisten Teilen der Stadt mittels Bus, Tram und SBB. Ausserdem: Das seltene Beispiel einer kunstvoll gegliederten Backsteinarchitektur aus der zeit des Jugendstills ist auch nach Ansicht von Fachleuten denkmalschutzwürdig.

stent von Fedenbeurung will nicht zusätzliche Fedenbeurung will nicht zusätzliche Fahrspuren, dringlich fordert sie 
Begegnungsmöglichkeiten für Jung und 
Alt. Säle für festliche Anlässe, Konzert, 
Theater und Film, für Diskussionen, 
Vereinsveranstaltungen, Unterhaltungsabende, für die Betreuung von Kindern 
(Vorschule, Spielplätze), Werkstätten 
und Uebungszimmer, Restauratn mit 
Gartensitzplätzen als belebende Gestaltung des Seutlers. Söch auch 
gestellers. Soch auch 
et senten 
gestellers. Soch auch 
et senten 
soch 
et senten 
soch verspr wird.

Bitte den ganzen Talon (inkl. Text) mit Unterschriften versehen einsen-den an: SP-Zürich 2, Initiativbüro Paul Wahl, Mutschellenstrasse 10, 8002 Zürich.

Unterzeichner der Initiative

Nur Unterschriften von in der Stadt Zürich stimmberechtigten Bürgern

Nr.	Name Vorname	GebDatum	Adresse (Strasse und Hausnummer)	Kreis	Kontrolle
1					
2					
3	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •		* .		

Die unterzeichnete Amtsstelle bescheinigt, dass die obenstehend aufgeführten in Ge

Finwohnerkontrolle der Stadt Zürich:

### zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Stu-dierenden an der ETH-Zürich und der Stu-dentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studieren-den der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorher Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. Q (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger. Post-fach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30

Redaktionsschluss: 23. November Inseratenschluss: 23, November

Ungereimtes um neues Konzept an der Architekturabteilung

### Angriff auf Planerausbildung

In aller Stille hat der Schulrat am 7. September ein Ausbildungskonzept für die Architekturabteilung beschlossen, das die Vorstufe zu einem neuen Studienplan – auf nächsten Herbst in Kraft zu setzen – bilden soll. Parallel zur Entstehung dieses Dokuments, welche hier kurz beleuchtet wird, laufen Bestrebungen von seiten einiger Professoren, einen sehr wichtigen, im Auf-bau begriffenen Unterrichtszweig zu eliminieren, nämlich die Ausbildung in Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL-Planung). Anträge auf Abschaffung zweier bestbesuchter Lehrveranstaltungen und die vorläufig wieder rückgängig gemachte Streichung eines Lehrauftrages sprechen eine deutliche Sprache.

(z. b. Bedurtnisabklärung, Programm-formulierung, Baugesetzgebung, Ueber-prüfung von Gebautem usw.). Vor allen Dingen gewann in den letz-ten Jahren eine solche Aufgabe immer stärkere Bedeutung, nämlich die Raum-planung, sei es in Form von Otter. stärkere Bedeutung, nämlich die Raum-planung, sei es in Form von Orts-, Stadt-, Regional- oder Landesplanung. In der Regel haben sich Architekten die ses neuen Zweiges angenommen, ob-wohl es sich im Grunde um eine inter-disziplinäre Aufgabe handelt, die eine Zusammenarbeit von Bauleuten, Sozio-logen, Juristen, Oekonomen usw. erfor-dert. In der Praxis sind es aber doch meist Architekten oder Ingenieure, die meist Architekten oder Ingenieure, die für solche Planungen verantwortlich

#### Neuer Unterrichtszweig wird bekämpft

Wesentlich ist jetzt hier die Frage wo solche Planer ausgebildet werden. Die ältere Generation von Planern hat sich in der Regel autodidaktisch wei-tergebildet. Seit einigen Jahren verantergebildet. Seit einigen Jahren veran-staltet das Institut für Orts-, Regio-nal- und Landesplanung (ORL) an der ETH Nachdiplomkurse. An der Bauin-genieur-Abteilung existiert eine Vertie-fungsrichtung Planung, allerdings eher in Richtung Verkehrs- und Transport-planung. An der Architekturabteilung schliesslich wurde seit etwa 1968 eine Planerausbildung in grösserem Stil auf-sehaut

1970 wurde mit Schulratsbeschluss 1970 wurde mit Schulratsbeschluss eine Vertiefungsrichtung Planung eta-bliert. Im vergangenen Studienjahr bei-spielsweise haben über ein Viertel der Studierenden des 4. Jahres diese Rich-tung gewählt.

tung gewählt.

Einigen Architekturprofessoren jedoch sind die ORL-Lehrveranstaltungen ein Dorn im Auge. Für sie ist
Architektur immer noch gleichbedeutend mit «Bauen», und sie versuchen,
die im Ausbau begriffene Planungsrichtung, zu der sich ein steigender Prozentsatz der Studierenden bekennt, zu
espholieren So erklikte der frühere Absabotieren. So erklärte der frühere Ab-teilungsvorstand, Prof. B. Hösli, wiederteitungsvorstand, Prof. B. Hosti, Wieder-holt, die Ausbildung von Planern sei nicht Sache der Architekturabteilung, sondern müsse in einem nachgeschalte-ten, interdisziplinären Nachdiplomstu-dium erfolgen. Andere Professoren betonen immer wieder, man müsse zuerst das «Metier» lernen - worunter sie das Umgehen mit Backsteinen, Fensterrah-Umgehen mit Backsteinen, Fensterrah-men, Betonelementen usw, verstehen –, bevor man planen könne. Karrierepro-fessor Dolf Schnebli schliesslich for-derte an der letzten Abteilungsratssit-zung die Abschaffung der obligatori-schen Lehrveranstaltung ORL I+II im Judy Liber betreten der seine grosse schen Lehrveranstattung Okt. 1-11 im.
3. Jahr. Ihn störte, dass eine grosse
Zahl von Studenten aus seiner Ent-wurfsklasse mehr Zeit für Planungslite-ratur aufwandte als für se'ne schön-bauerischen Projekte und Pläne.

### Systematische Einengung

Ueberhaupt scheint viel Futterneid im Spiel zu sein, gehören doch die ORL-Veranstaltungen zu den bestbesuchten oberen Jahreskurse. Die obenerder oberen Jahreskurse. Die obener-wähnte ORL-Vorlesung wurde konstant von 60–70% der Studierenden besucht, was ausserordentlich viel ist. Der Vor-lesungsbesuch ist immer noch ein rela-tiv guter Massstab für die Qualität des Angebotenen.

Früher setzte man Architektur mit teilung scheint längst beschlossen und «Bauen» gleich. Ein Architekt musste wird nun schrittweise durchgeführt. So in erster Linie Bauwerke produzieren können. Mit der Zeit merkten einige sescheite Köpfe, dass Architektur im bauer vergeben, sondern an den Archiweiteren Sinn eine ganze Reihe von tätigkeiten einschliesst, die mit dem Gebiet des formalistischen Kir-«Bauen» direkt nichts zu tun haben (z. B. Bedürfnisabklärung, Programm-ohne die Planungsdozenten während formulierung Bauessetzgebung Lieber, der Semesterferien tagenden Abtei. teilung scheint längst beschlossen und wird nun schrittweise durchgeführt. So wurde z. B. die Professur für Städtebau nicht an einen ausgewiesenen Städtebauer vergeben, sondern an den Architekten Benedikt Huber, der sich auf dem Gebiet des formalistischen Kirchenbaus profiliert hatte... An einer ohne die Planungsdozenten während der Semesterferien tagenden Abtei-Semesterferien tagenden Abtei-konferenz wurde völlig überrader Semesterferien tagenden Abtei-lungskonferenz wurde völlig überra-schend ein langjähriger ORL-Lehrauf-trag abgeklemmt – eine Massnahme, die 14 Tage später auf Betreiben der der verbleibenden beiden Dozenten wieder verützbeitein werden bozeiten werden rückgängig gemacht werden musste. Das abgehende Lehrteam Architekti Soziologe mit Lucius Burchkardt, weiches drei Jahre lang Planungsprobleme auf eine integrierte Weise unterrichtet hatte, wurde auch nicht ersetzt.

#### Hintergründiges Ausbildungskonzept

Der entscheidende Schritt scheint nun allerdings das neue Ausbildungskonzept zu sein – vom Schulrat im September beschlossen –, das die Planung als Vertiefungsrichtung aufhebt und nur noch in der abgeschwächten Form von «Schwerpunktsbildung» zulässt. Bereits sind Stimmen aus der Planerpraxis lautgeworden, welche dieses kalte Absägen eines immer wichtigeren Berufszweiges beanstanden. In der Tat: Der Bedarf an Planern aller Stufen wächsts täßnile. Die rund 20 Der entscheidende Schritt scheint Stufen wächst ständig. Die rund 20 jährlichen Absolventen des ORL-Nachjährlichen Absolventen des ORL-Nach-diplomkurses, wovon ca. 4–5 Architek-ten, reichen niemals aus, um den Bedarf zu decken. Es müssen viel mehr ausge-bildet werden. Die Abrellung I könnte ein idealer Ort dafür sein. Recht aufschlussreich sind auch die Begleitumstände der Entstehung dieses Ausbildungskonzepts. Schon zu Begin

der «Experimentierphase» forderten allem Studenten und Assistenten die

allem Studenten und Assistenten die Ausarbeitung eines solchen Konzepts. Wohl in der Absicht, den andern Gruppen zuvorzukommen, legte Profes-sor Schnebli im Frühling 1972 ein Papier vor und wollte es gleich an den hulpräsidenten weiterleiten. Es war aber derart unbrauchbar («Rückfall ins Mittelalter»), dass sich ein paar weitere Professoren seiner erbarmen und es neu schreiben mussten. Das entstandene Produkt wurde allen Dozenten zur Unterschrift zugesandt. Krälls Sie uns bis zum (...) keine Antwort zukommen lassen, legen wir das als Ihre Zustimmung auss, stand irgendwo untendran. Immerhin ein beachtliches Derwohrstiewerständig (Nach Prof. Isach) aber derart unbrauchbar («Rückfall ins mokratieverständnis. (Nach Prof. Jaray ist Demokratie ohnehin ein aus Deutschland importierter, völlig un-

Deutschland importuerter, von brauchbarer Begriff ...) Während dieser Zeit befasste sich auch der AR eingehend mit Konzeptragen. Es zeigte sich aber sehr bald, dass die Auffassungen von Studenten und Dozenten so sehr auseinanderund Dozenten so sehr auseinander-klafften, dass ein vernünftiger Kompro-miss unmöglich wurde. Im Februar 1973 legten die Professoren Hugi, Schnebli und Spieker einen neuen

Arguen die Professoren Hugi, Schnebli und Spieker einen neuen Stundenplan vor, der aber vom Abteilungsrat zurückgewiesen wurde.

«Nachdem der Abteilungsrat der Abt. I innert der vom ETH-Präsidenten gesetzten Frist sich nicht auf ein gemeinsames Ausbildungskonzept hatte einigen können, nahm ETH-Präsident Hauri die Aufgabe selber an die Hund.» Was steckt hinter dieser Vorbemerkung zur (übrigens unpräsizen) Vorstellung des neuen Konzepts im ETH-Bulletin Nr. 74?

### Taktische Eile

Ungewohnt und einmalig - wenn Die systematische Verelendung der uch nicht abwegig – ist an sich schon Planerausbildung an der Architekturabsich durch den wiedernoit aus der Be-rufspraxis vorgetragenen Vorwurf, an der Abteilung herrsche eine Führungs-krise, beunruhigen liess – jedenfalls verlangte der ETH-Präsident im Sep-tember 72, nachdem sowohl Studie-rende mit Assistenten als auch Dozenterschieu hatten, dass ten getrennt sehr unterschiedliche Konzepte ausgearbeitet hatten, dass der Abteilungsrat (AR) binnen fünf Mona-ten ein fixfertiges gemeinsames Kon-zept zu entwickeln habe.

Nun hat eine professionelle öffentliche Verwaltung in unserer vielge-rühmten Demokratie beispielsweise zur rühmten Demokratie beispielsweise zur Prüfung einer Initiative und zur Antragsstellung hiezu rund ein bis zwei Jahre Zeit, wobei diese Frist um ein weiteres Jahr erstreckt werden kann. Nicht so an der ETH. Dem Gesuch des unprofessionellen AR, im Februar die Frist um ein Semester zu verlängern, entsprach der Präsident nicht, sondern entsprach der Prasident nicht, sondern er setzte gleich eine beratende Kommis-sion ein, bestehend aus drei Abtei-lungsprofessoren (von Gunten, Hößli und Camerzind) und zwei weiteren Architekten (G. Cocchi und P. Schatt, zürcherischer Kantonsbaumeister).

Diese Eile hatte ihren Grund, denn der ETH-Präsident sollte auf vielseiti-gen Wunsch das Geschäft noch inner-

nebst einem Studienplan noch ein Ausbildungskonzept verlangt wird. Mag gen. Auch das hatte seinen Grund, sind sein, dass sich die Schulleitung davon einen Ausweg aus dem nun jahrelanst stand, Prof. B. Hösli, Duz-Freunde. Beilziehen zwischen Professoren und Studierenden an der Architekturabteilung erhoffte, mag sein, dass ein sion und wusste genau, dass er sich durch den wiederholt aus der Besich durch den wiederholt aus der Besiene und weiterer Professoren Vorstellen und weiterer Professoren Vorstellen und weiterer Hunr wied keichter naib seiner abjaurenden Amtszeit erredi-gen. Auch das hatte seinen Grund, sind doch er und der altbekannte Alt-Vor-stand, Prof. B. Hösli, Duz-Freunde. Hösli seinerseits war – wie hätte es an-ders sein können – Mitglied der Kom-mission und wusste genau, dass er seine und weiterer Professoren Vorstel-burgan bei Präsident Hauti viel leichter. lungen bei Präsident Hauri viel leichter würde durchbringen können als bei des-sen Nachfolger, Prof. Ursprung.

#### Die wirklichen Krämpfe stehen noch bevor

Nun ist also dieses Ausbildungskonzept unter Dach gebracht worden. Es besitzt an sich wenig Aussagekraft, beinhaltet unzählige Leerformeln, verpflichtet kaum zu etwas und kann sehr verschieden interpretiert werden. Aber es lässt Tendenzen erkennen, und es wird garantiert den neuen Studienplan stützen müssen, der auf Herbst 1974 in stützen müssen, der auf Herbst 1974 in Kraft treten soll und auf den es dann wirklich ankommt. Die Planungsrich-tung ist schon im Konzept beachtlich an die Wand gedrückt worden. Und daneben muss man vor allen Dingen verfolgen, was sich hinter den Kullssen tur. Da steht einmal die obli-

Kulissen tut. Da steht einmal die obli gatorische ORL-Vorlesung im 4. Jahr, welche in einem relativ guten Aufbau über gesetzgeberische, methodische welche in einem relativ guten Aufbau über gesetzgeberische, methodische und zum Teil auch sozio-ökonomische Vorgänge orientiert, auf der Abschuss-liste. Es ist übrigens eine der wenigen Lehrveranstaltungen, die mit grossem Aufwand stets aktuell gehalten wer-den. Am Sattel des sie betreuenden



Lehrbeauftragten haben die Entwurf-Lentroeautragten haben die Entwurt-professoren auch schon gerüttelt. Die ORL-Veranstaltung im 3. Jahr, die systemtheoretische Grundlagen für Pla-nung vermittelt, findet sich auf der um-fangreichen persönlichen Abschussliste des Aestheten Dolf Schnebli, erhiet aber eine vorläufig einjährige Gnaden-frist

Dazu kommt, dass der ORL-Pla-nungs-Professor Walter Custer, der die ganze Vertiefungsrichtung im wesent-lichen aufgebaut hat und der bis jetzt die schlimmsten Angriffe abwehren konnte, kurz vor der Pensionierung

steht.

Wenngleich die Planerausbildung heute als zu technokratisch bezeichnet und noch wesentlich ausgebaut und verbessert werden muss, gehört sie doch zum qualitativ Höchststehenden occn zum qualitativ Höchststehenden des gesamten Lehrangebots an der Architekturabteilung. Es liegt nun an den Studierenden, zusammen mit den interessierten Fachkreisen diesen bei-spiellosen Amoklauf einiger «Berufs-konservieren» zu bekämpfen.

Beat Schweingruber

### Wasser predigen und Wein trinken

«Alle (drei) Jahre wieder», hiesse der Refrain, der am besten auf das Sympo-sium «Technik für oder gegen den Menschen», das vom 12. bis 15.November an der ETH stattgefur-15. November an der EIH stattgefunden hat, passen würde. Nach «Schutz unseres Lebensraums» 1970 und «Sicherheit im Strassenverkehr» im vergangenen Jahr wollte die ETH wieder einmal «ihre Aufgabe überdenken». Während der vier Tage des Symposi-ums wurde indessen mehr geschwatzt als überdacht.

Im vollklimatisierten und künstlich beleuchteten Auditorium maximum durfte der interessierte Hochschulange durfte der interessierte Hochschulange-hörige jeweils zwischen 16 und 19 Uhr Referate unterschiedlicher Qualität über «Grundprobleme unserer tech-nisch-gesellschaftlichen Existenz», «Möglichkeiten struktureller Veränderungen in Wirtschaft und Technologie». rungen in Wirtschaft und Technologiew, «Alternativen der Energieerzeugung und Energieverwendung» und «Die neue Aufgabe der Hochschule» über sich ergehen lassen. Vorausgesetzt, er hatte nicht Vorlesung bis um 16 Uhr, denn der Verantstaltungsbeginn war raffinierterweise 15 Minuten früher als raffinierterweise I 5 Minuten früher als der an der ETH übliche angesetzt wor-den, damit das Auditorium maximum (Polstersessel) vorwiegend für die nicht zur ETH gehörenden Teilnehmer reserviert blieb. Studenten konnten ja in drei weiteren Auditorien eine Eido phor-Uebertragung geniessen.

Keiner der Referenten hat auch nur versucht, die Frage der Ursachen des Wirtschaftswachstums und der daraus erfolgenden Umweltzerstörung aufzu-greifen. Vielmehr wurde dieses als ungreifen. Vielmehr wurde dieses als un-abänderliche Randbedingung einfach hingenommen. Dr. F. Kern, Generaldi-rektor der Georg Fischer AG, brachte es sogar zustande, Firmenfusionen und Monopolbildungen als von der Notwen-digkeit von Umweltschutzmassnahmen zilweise Aupvargertien und für über teilweise hervorgerufen und für ihre Durchführung unerlässlich hinzustellen. Nur so könne die optimale Betriebsgrösse erreicht werden, die auch Investitionen in den Umweltschutz ermögliche. In Tat und Wahrheit kommt es weniger darauf an, wie viel Mittel für Investitionen bereitstehen, als wie diese investiert werden. Kern ging es mehr um die Erhaltung der Marktwirtschaft als um jene der Umwelt. Man misse sich eben Rechenschaft darüber ablegen, meinte er, «dass eine Unternehmung gewisse Charakteristiken und gewisse Bedürfnisse hat, denen Rech-Durchführung unerlässlich hinzustellen. gewisse Bedürfnisse hat, denen Rechgewisse Bedurfnisse hat, denen Rech-nung getragen werden muss, wenn sie langfristig überleben soll». Aber Kern war kein Einzeljall solch pervertierter Unweltschutzmoral: Auch der Elektri-zitätswirtschaft wurde Gelegenheit ge-heterscheichte in werde Befesterboten, gleich in zwei Referaten Reklame für die angeblich unvermeid-Referaten liche Konstruktion von 10 Kernkraftliche Konstruktion von 10 Kernkraft-werken mit einer Leistung von je 1000 Megawatt bis zum Jahr 2000 zu machen. Die beiden Referenten aus der Privatwirtschaft waren aufgetreten, nachdem der Chef des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft seine Teil-nahme verweigert hatte. Der starke Mann in der Schweizer Energiewirt-schaft ist eben Dr. E. Trümpy, Präsident des Verhandes schweizerischer dern des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke ... Angesichts der Auswahl derartiger Referenten noch von einem «wissenschaftlichen Symposium» zu sprechen, das immerhin eine etwas weniger interessengebundene Betrachtungsweise erforder mutet geradezu grotesk an. erfordern würde.

Der Vollständigkeit halber sei hier beigefügt, dass von seiten der Gegner des Wirtschaftswachstums mit einigen Ausnahmen nur wenig Markantes ge-äussert wurde. Man blieb zu sehr im Allgemeinen, schilderte idyllische Utopien, die niemandem Bauchweh machen, oder rettete sich in die Abstraktion.

Nicht nur die Auswahl der Referenten, die ganze Art und Weise, wie dieses Symposium von der Dozentenkomses Symposium von der Dozentenkom-mission der ETH organisiert wurde, er-scheint äusserst befremdlich. Fest steht, dass einige Leute ihre Teilnahme verweigerten, weil gewisse der eingela-denen Referenten ihnen schon zu profiliert waren. Auch wollte man von Professorenseite nur das Nachmittagsende fessorenseite nur das Nachmittagsende für das «Ueberdenken der Aufgabe der Hochschule» hergeben, während es im vergangenen Jahr für «Sicherheit im Strassenverkehr» noch der ganze Tag sein durfte. Die Organisation der Studenten und der Assistenten – der VSETH und die AVETH – wurden nicht zur Organisation beigezogen und erst nach beschlossener Auswahl der Referenten ins Bild gesetzt. Die studentischen Teilnehmer an den Diskussionen hatten die Professoren selbst beigezogen und dabei verständlicherweise nicht gerade die kritischsten gewählt.

Geradezu rührend wirken die Schlüsse, die aus dem Symposium gezogen wurden, Angefangen bei Bundesrat. H. P. Tschudi, der in seiner Eröffrat H. P. Tschudi, der in seiner Eröff-nungsansprache sagte, damit die Tech-nik sich zum Segen des Menschen aus-wirke, bedürfe es intensiver, im Ver-gleich zum jetzigen Zustand erheblich vermehrter Forschungsanstrengungen, vermenter Forschungsanstrengungen, und dabei als erstes Beispiel folgendes anführte: «So wird sich die Theologie um die richtige Deutung des oft missverstandenen Bibelworts "Macht Euch die Erde untertan" bemühen.» Damit gerät man gewiss noch keinem Umweltverschmutzer in die Quere!

Das abschliessende Podiumsgespräch diente im wesentlichen dazu festzustel-len, dass sich an der ETH einiges schon tut, fast alles möglich ist und es am guten Willen nicht fehlt. Der Podiam guten Willen nicht fentt. Der Podi-umsleiter, der Philosphieprofessor und Präsident des Schweizerischen Wissen-schaftsrats, Gerhard Huber, hat es sogar verstanden, in seiner schon einige Tage vor dem Symposium ver-fassten Schlussbetrachtung nicht viel anderes zu sagen, als was er schon lässlich des Symposiums von 1970 herlassich des Symposiums von 1970 her-vorgebracht hatte: Man müsse den Blick aufs Ganze öffnen, der Speziali-sierung entgegenwirken, die technische Rationalität in die «übergreifende Ver-Rationalität in die aubergreifende Ver-nunftw einordnen und zu einer ethi-schen Besinnung kommen. Wer die aübergreifende Vernunftw sucht, stehe einmal in der Stosszeit auf den Buchegg-, den Schaffhauser- oder den

Escher-Wyss-Platz. Er wird feststellen müssen, dass diese Vernunft gegenüber der Technik schon lange ein Schattendasein führt. Und: Moralisten haben seit 3000 Jahren kein Massaker und kein Elend verhindern können,

Die Folgen, die das «Ueberdenken der Aufgaben der Hochschule» für die Hochschule ungefähr hat, kann man am besten dann einschätzen, wenn am besten dann einschatzen, wenn man feststellt, dass die gleichen Schlussfolgerungen wie diesmal schon vor drei Jahren von Prof. Karl Schmid am Ende des damaligen Symposiums gezogen worden sind. Schulratspräsi-dent Burckhardt wiinschte seinerseits schon damals voller Ueberzeugung, «dass das Symposium zum Ausgangs-«dass das Sympostum zum Ausgangs-ereignis einer Bewegung intensiver Zu-sammenarbeit innerhalb der ETH und darüber hinaus werde. Die zahlreichen Köpfe an unserer Schule, die von der Mission durchdrungen sind, werden sich weiter Gedanken über die Form der Zusammenarbeit machen und balder Zusammenarbeit machen und bal-dige Initiativen anregem; (beides nach-zulesen in: «Schutz unseres Lebens-raums», Hubertus, 1971). Sah man an der Hochschule seither wesentliche Aenderungen? Hatte das wehmütig gepredigte «Umdenken» auch ein Han-deln zur Folge? Die Antwort überlas-

sen wir dem Leser.
Eines sei noch betont: Solange die
Hochschule – gemeint sind damit ihre
etablierten Funktionsträger: Behörden und Dozenten – sich bemühen wird, jeden Vorschlag für wirklich fundajeden Vorschlag für Wirklich funda-mentale Aenderungen in Unterricht und Forschung (im Sinne der Schluss-folgerungen des Symposiums) hartnäl-kig zu ignorieren, jahrelang zu schubla-disieren oder gar mit allen Mitteln ab-zuklemmen, wird sie mit ihrem aufwen-din behandeten geuten. Willows dig bekundeten «guten Willen» un-glaubwürdig bleiben. Vorschläge von seiten der Studenten für eine «neue Aufgabe der Hochschule», denen es weder an der Zahl noch an der Fun-diertheit fehlte, stiessen jedenfalls bis-kur solch immer auf krabe. Ohen Weher noch immer auf taube Ohren. Wie-viel einfacher ist es doch, mit einer viel einfacher ist es doch, mit einer grossangelegten Veranstaltung wieder einmal in die Zeitungen zu kommen und die Leute so darüber hinwegzutrösten oder zu -täuschen, dass an der ETH tagtäglich mehr in Richtung der Zentstängt de Umreit die in Dichtung der Zentstängt de Umreit die in Dichtung der Zerstörung der Umwelt als in Richtung

Zerstorung der Umweit als in Kichtung ihrer Erhaltung geforscht wird.

Es ist nicht auszuschliessen, dass – blamieren kann man sich schliesslich nicht – in nächster Zeit doch noch die eine oder die andere Konsequenz aus dem Symposium gezogen wird. Bereits ist heschlessen werden die Paumten. dem Symposium gezogen wird. Bereits it beschlossen worden, die Raumtemperatur an der ETH um 2°C zu senken. (Davon werden ja weder der Unterricht noch die Forschung inhaltlich betroffen.) Auch die Schaffung eines Instituts für «sanfte Technologie» liegt im Bereich des Möglichen. Doch auch dies würde nur darauf hinausgehen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und die Aufmerksamkeit vom enzom übrienen Forschungesbetrieh ab. streuen und die Aufmeresamkeit vom ganzen übrigen Forschungesbetrieb ab-zulenken. Jedenfalls werden sich die mächtigen unter den Instituten, hinter denen auch mächtige Industrien stehen, weder heute noch morgen ins Handwerk pfuschen lassen. Und sich die Hände reiben, wenn an der Hochschule weiterhin jedes Jahr ein Alibisympo-sium stattfindet. Pierre Freimüller

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

### Dissertation

nur ca, Fr. 740.- kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung



Agentur ZÜRICH Tel. 32 62 11, intern 3273

Wie sollen sich Studenten organisieren?

### Die Alternative: Einheit oder Chaos

Im Mittelpunkt der Diskussion um das neue ETH-Gesetz steht, mindestens auf studentischer Seite, die Verankerung der Mitwirkung und die, zur Ausschöpfung derselben notwendige, institutionalisierte Organisation der Studenten an der ETH. Juristisch gesehen sind zwei Möglichkeiten gegeben:

Die öffentlichrechtliche Körperschaft (im Gesetz verankert, Zwangsmitgliedschaft aller Studenten)

Privatrechtliche Vereine, die auch bei Summierung ihrer Mitgliederzahlen keinesfalls alle Studenten umfassen. Die Wahl der geeigneten Organisationsform muss von den Anforderungen und Bedürfnissen her getroffen werden.

Aus den Erfahrungen mit verschie-denen Formen der Organisation sowohl an der ETH wie an anderen schweizerischen Hochschulen ergeben sich ge-wisse grundsätzliche Forderungen an die juristische Person der Studentenschaft

Sie muss, ohne Ausnahme, alle Studenten der betreffenden Hochschule umfassen; muss autonom und demo-kratisch sein und soll von einem ge-wählten Studentenparlament als ober-stem Organ geleitet werden.

Die Studentenschaft muss öffentlichrechtliche Körperschaft im betreffenden Hochschulgesetz veran-kert sein. (Auf kantonaler Ebene: Uni-versitätsgesetz; auf Bundesebene: für die beiden ETH im neuen ETH-Gesetz.) Leider ist es sogar dann noch möglich, die öffentlichrechtliche Studentenschaft die offentierrechtliche Studenhenschaft durch eine entsprechende Gesetzesänderung aus der Welt zu schaffen (wie dies kürzlich im Berner Grossen Rat mit der Berner Studentenschaft versucht wurde).

Die politische Ermessensaufsicht der Schulleitung oder der Regierung darf keinesfalls im Gesetz Aufnahme finden: Die studentische Autonomie und Handlungsfähigkeit, auch im politischen Sinn, würde dadurch grob verletzt.

Sinn, wurde dadurch grob verletzt.

Die Ermessensaufsicht ist das
Druckmittel, das es der Schulleitung
erlaubt, die öffentlichrechtliche «Studentenschaft» als Werkzeug zur Befriedigung der Studenten zu benützen. Erst
durch die politische Handlungsfähigkeit der Studentenschaft kann eine wirksame Vertretung studentischer Interessame Vertretung studentischer Interessen und Vertreidigung studentischer Anliegen stattfinden. Die Ermessensaufsicht heisst aber, den Studenten politisch die Hände auf dem Rücken zusammenbinden!

Die Rechtsaufsicht ist die einzige Aufsichtsfunktion, die vom Gesetzgeber (als «Volksvertreter») ausgeübt werden darf. Die Rechtsaufsicht ist ein definieter in uitstehen Raufif der die

werden darf. Die Rechtsautsicht ist ein definierter juristischer Begriff, der die rein formelle Kontrolle über die Einhal-tung der juristischen Verbindlichkeiten bedeutet. Allein diese formale Rechts-aufsicht ist im Gesetz zu erwähnen, wobei die Aufsicht einem Gremium der Reciprung (EDI) keinerfelle aber der Regierung (EDI), keinesfalls aber der Schulbehörde zugeteilt werden müsste Rechtsaufsicht stellt auch als ble Rechtsautischt stein auch aus streng definierter juristischer Begriff eine grosse Gefahr für die Studentenschaft dar, wenn die Schulleitung die Aufsicht als Sanktionsmittel gegen eine unbequeme Studentenschaft braucher

 Die finanzielle Unabhängigkeit der studentischen Zwangskörperschaft – insbesondere die Budgetberatung und -genehmigung sowie selbständiges Rechnungswesen der Studentenschaft – versteht sich von selbst, sobald man die Rechtsaufsicht definiert und ange-ordnet hat. Jedoch wie die Massnahdie Keentsaufsicht derimert und ange-ordnet hat. Jedoch, wie die Massnah-men der Berner Kantonsregierung ge-genüber der Studentenschaft der Uni Bern im letzten Semester zeigten, ist kein Grundsatz sicher, wenn es gilt, unangenehme Kritiken auszuschalten: Der Berner Regierungsrat eröffnete

eine «Kasse für studentische Zwecke», in die die Semesterbeiträge der Berner Studenten einbezahlt werden müssen. Eine Kommission, welche nebst Studentenvertretern mehrheitlich aus Bedentenvertretern mentrettunch aus Be-hördenvertretern besteht, genehmigt auf Antrag des Studentenschaftsparlamen-tes Beiträge für bestimmte Zwecke. Somit kann die Studentenschaft mittels Geldhahn im Zaum gehalten werden. Diese erste Sanktion artete, unter-stützt durch die Aktion Pro Uni und auf Grund eines sehr zweifelbetten

auf Grund eines sehr zweifelhaften Polit-«Rechtsgutachtens» Prof. Hubers, zum Vorstoss zur Abschaffung der zum Vorstoss zur Abschaffur öffentlichrechtlichen Zwangsi

Kommt die wichtigste Forderung nach einer sauberen gesetzlichen Regelung der studentischen Organisationen nicht zustande, so sind die Studenten gezwungen, sich in einem privatrechtlichen Verein zu organisieren, der allenfalls öffentlichrechtliche Aufgaben erfüllen kann. Diese Organisationsform mag auf den ersten Blick günstig er-

hängigkeit (ein spezifischer privatrechtlicher Verein kann weder aufgelöst noch unter Aufsicht gestellt werden), noch unter Aufsicht gestellt werden), weil sie keine Institution des öffent-lichen Rechts ist, welche eine formelle Aufsicht über sich haben muss. Jedoch Zeigen sich gewisse Nachteile: Da es Jedem Studenten erlaubt ist, aus dem privatrechtlichen Verein auszutreten, benützen Unzufriedene diese Lücke all-zuleicht und allzuoft dazu, anderen Denutrzen Unzurriedene diese Lucke ali-zuleicht und allzuoft dazu, anderen Ansichten auszuweichen, anstatt mit gesundem Engagement im Parlament ihre Sache zu vertreten. Kleine Gegen-und Splittergruppen bilden sich, mit dem Ziel, Obstruktion gegen die Quasi-Studentesschaft zu betreiben. Kurzum Studentenschaft zu betreiben: Kurzum, eine empfindliche Spaltung der Studen tenschaft findet statt, sehr zum Nach-teil der studentischen Autonomie und teil der studentischen Autonomie und des Meinungsbildungsprozesses: Urnen-wahlen müssen von der Schulleitung durchgeführt werden, um studentische Vertreter in offizielle Gremien zu wäh-len. Bei Vernehmlassungen müssen Stellungnahmen bei verschiedenen Gruppen eingeholt werden, wobei ihre Mit-gliederzahlen für das Gewicht, das der Stellungsnahme zugemessen wird, mass-gebend ist. Doppelmitgliedschaften er-schweren die Gewichtung, An die Stelle eines demokratischen Prozesses tritt das Chaos. Ein Chaos, das allein eine genügend abgesicherte öffentlichrechtliche Organisation VSETH-Vorstand imstande ist.

### Abseitsstehen ist die falsche Lösung

zs. Kantonsrat Hans-Georg Lüchinger (fdp.) hat uns gebeten, folgenden Beitrag von ihm, der in der NZZ Nr. 264 vom 28.9.73 unter dem Titel &ETH: Antwort an kleinmütige Demokraten» erschienen ist, zu veröffentlichen. Wir kommen diesem Wunsch gerne nach, wenn wir auch mit der Diagnose des Autors nicht in allen Punkten einig gehen und diese auch zu widerlegen vermöchten. Darauf soll allerdings hier verzichtet werden.

Meine Kritik an der Desavourierung des Verbands der Studierenden an der ETH (VSETH) durch den Präsidenten der ETH (VSETH) durch den Präsidenten der ETH Zürich hat zwei Leserbriefe an die «NZZ» provoziert. Im: einen («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 438) klagt E.Z. über eine linke Unterwanderung des VSETH, die er der Trägheit der andersdenkenden Studierenden zuschreibt, E.Z. bekämpft eine öffentlichrechtliche Organisation der Studenterschaft im künftigen ETH-Gesetz, weid durch eine solche Zwangskörperschaft die webste und zeitsparendste Art des Protestes gegen politische Unterwanderung innerhalb der studentischen Organe» verunmöglicht werde, nämlich der Austritt, In ähnlicher Weise hat eine Woche zuvor («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 415) R.R. Faes dem «zürcher studentem» einseitige Linkstendenz und deniungsmanipulation vorgeworfen und damit die Herausgabe studentischer Konkurrenzzeitungen verteidigt. Meine Kritik an der Desavourierung des Verbands der Studierenden an der

namt damt der Hefansgade stidentischer Konkurrenzzeitungen verteidigt.

Beide Reaktionen erinnern mich an jene glücklicherweise seltenen Mitglieder politischer Parteien, die nach einer ihren Ansichten zuwiderlaufenden Parole ihrer Partei entrüstet den Austritt erklären. Als ob damit etwas verändert würde. Der VSETH ist demokratisch formiert. Er kennt die demokratischen Institutionen der allgemeinen Wahlen, der Initiative und des Referendums. Wer etwas ändern will, dem stehen daher die institutionellen Mittel zur Verfügung. Aber er muss davon Gebrauch machen. Demokratie verlangt Teilnahme. Sie ist allerdings eine sehr mühsame und zeitraubende Angelegenheit. Wer diese Mühe nicht auf sich nimmt, darf sich nicht beklagen, wenn

Andersdenkende mit mehr Einsatz und Durchhaltevermögen die Oberhand gewinnen. Das ist das Gesetz der Demokratie.

Ich meine, dass die jahrzehntealte Gewohnheit, nach welcher die Studentenschaften unserer Hochschulen ihre eigenen Interessen vertreten, nicht einfach abgeschrieben werden sollte, weil in den letzten Jahren nicht alles nach unseren Wünschen lief, Eine öffentlichrechtliche, alle Studierenden umfas-



sende Organisation der studentischen Gemeinschaft einzelner Hochschulen ist auch heute noch sinnvoll, soweit sie sich auf Belange der Studenten, der Hochschule und allenfalls der Bildung mallgemeinen beschränkt. Sie ist auch nach meiner Meinung abzulehnen, sofern ein allgemeinen politisches Mandat daraus abgeleitet wird. Dass die mangelnde personelle Kontinuität die studentische Selbstverwaltung zu einer oft mühsam anmutenden Sisyphusarbeit macht, liegt in der Natur der Versättnisse begründet und ist kaum zu ändern. Auch das sollte kein Grund aftür sein, die studentische Gemeinschaft abzuschreiben.

Was den «zürcher studentern» betrifft, so wird dieser aus den Beiträgen aller Studierenden finanziert und hat dadurch eine Auflage und Aufmachung, die beherrschend ist. Auch da scheint mir daher das Abseitsstehen die falsche Lösung zu sein. Auch da gilt das Prinzip der Partizipation. Die Vorstände der Studentenschaften der beiden Hochschulen haben in einer gemeinsamen Verlautbarung («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 438) festgestellt, dass die derzeitigen Redaktoren des «zürcher studenten» der Wort gekommen sind, weil sie sich nicht zum Wort gemenstaten wort kommen zu lassen und sie hinsichtlich Raum und Plazierung gestützt auf die öffentlicher Organisation der Studentenschaft der Universität und int Rücksicht auf den öffentlichrechtlichen Beitrag aller Studierenden an der ETH, verpflichtet ist, ein offenes Blatt zu führen, alle Gruppen der Studentenschaft zum Wort gekommen zu lassen und sie hinsichtlich Raum und Plazierung erethaft zum Wort kommen zu lassen und sie hinsichtlich Raum und Plazierung erethaft zum Wort kommen zu lassen und sie hinsichtlich Pognaisation der Studentenschaft der Universität und erenschaft zum Wort kommen zu lassen und sie hinsichtlich Pognaisation der Studentenschaft der Gedaktoren

Studenten begründet. Dem wäre aller-dings einschränkend beizufügen, dass

eine wirklich offene und neutrale Redaktion andere Meinungsäusserungen dettiv suchen müsste.

Der diese Zeilen schreibt, hat in seiner Studienzeit während zweier Jahre einen grossen Tell seiner Zeit der studentischen Selbstverwaltung gewidmet, davon ein Jahr als Präsident des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften. Die dabei gesammelten Erfahrungen waren das Zeitopfer wert. Obwohl das Klima an den Hochschulen damals viel gemässigter war, gab es doch auch Stürme und Enttäuschungen sowie das Phänomen der politischen Trägheit allzu vieler Studierender. Taber es gab doch eine bedeutende Gruppe liberaler Studenten, welche die notwendige Zeit opferten und den Gang in die vornehme Isolation mieden. Gibt es sie heute nicht mehr? Ich kann es nicht glauben.

Andere Meinungen suchen wir, wie bereits in der Kolumne «Einmal mehr» in zs Nr. 5115, Oktober 1973, erklärt. Diese Aufforderung möchten wir mit dem Abdruck des Beitrags von H. G. Lüchinger wiederholen.

Lüchinger wiederholen. Eralls es uns je einmal passieren sollte, einen Beitrag abzuweisen, so deshalb, weil der Inhalt einer Zeitung auch gewissen qualitativen Anforderungen genügen muss, damit sie den Leser interessiert. Es wird sicher einieuchten, dass noch lange nicht jedes Elaborat, das von seinem Autor zwar als sauugub eineenen Autor zwar als sauugub eineenen Autor zwar als sauugub eineen lange nicht jedes Elaborat, das von sei-nem Autor zwar als sasugub einge-stuft wird, in diesem Sinne auch wür-dig ist, durch die Druckerpresse zu lau-fen. Ebenso kann es vorkommen, dass Beiträge gekürzt werden müssen: sowohl technische wie auch wirtschaft-liche Imperative setzen da genaue Gren-

Redaktion «zürcher student»



Wir stellen uns vor:

Kommission für Entwicklungsfragen der Universität Zürich Rämistrasse 66, 8001 Zürich Tel. (01) 32 92 87

In der letzten Sitzung des GStR vor den Sommersemesterferien wurde die KfE der Uni gänzlich neu bestellt. Studentische Kommissionen stehen immer wieder vor dem Problem, Leute zu fin-den, die sich schon vor ihrer Wahl in den entsprechenden Sachbereich einge-arbeitet haben. Die neue KfE hat sich bemüht, in ihrer Zusammensetzung diebenutn, in inter zusammenselzung die-sem Kriterium zu genügen: ihre Mit-glieder haben sich schon längere Zeit im Rahmen der Arbeitsgruppe dritte Welt Zürich intensiv mit Fragen der Entwicklung und Ursachen der Unter-entwicklung auseinandergesetzt (z. T. mit Studienaufenthalten in der dritten

Entsprechend diesem Zweckparagra-Entsprechend diesem Zweckparagraphen liegt unser arbeitsmässiger Einsatz hauptsächlich in der Informationstätigkeit an der Uni. Im umgekehrten Verhältnis dazu steht der finanzielle Aufwand: die mit dem Semesterbeitrag freiwillig einbezahlten 2 Fr. für Entwicklungsfragen gehen vorwiegend in Entwicklungsprojekte.

Unser Schwerpunkt der Projektunterstitzung liegt – wie ülbrigens sehon bei

Unser Schwerpunkt der Projektunter-stittzung liegt – wie übrigens schon bei unseren Vorgängern – in Tansania in Ostafrika. Tansania gehört unter den Entwicklungsländern zu den allerärm-sten, doch versucht es im Unterschied zu zahlreichen andern Entwicklungs-ländern, einen eigenständigen Weg zu gehen; es will sich Entwicklung nicht von ausländischen Investoren aufdrän-cen lessen sondern diese selber in die gen lassen, sondern diese selber in die Hand nehmen. Mit seinem Konzept des Hand nehmen. Mit seinem Konzept des «faftkanischen Sozialismus» oder «afri-kanischen Solidarismus» (das Deutsche kennt keine genaue Entsprechung für das Suaheli-Wort «Ujamaa») knüpft es bewusst an die gemeinschaftlichen Tra-ditionen der afrikanischen Grossfamilie und Sinna an Mit Staterspräsident ditionen der arrikanischen Grossfammie und Sippe an. Mit Staatspräsident Julius Nyerere hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Entwicklung in einem Land, wo über 90 Prozent der Bevölkerung Kleinbauern sind, nur eben mit diesen Kleinbauern zusammen erscheher kenn So och et sich Ent. geschehen kann. So ordnet sich Ent

wicklungshilfe, die an Tansania gelei-

wicklungshilfe, die an Tansania geleistet wird, in ein sinnvolles Gesamtkonzept der Entwicklung ein, welches die ärmsten Bevölkerungsteile fördert.
Tansania steht im Spannungsfeld des stüdlichen Afrika mit seinen weissen Minderheitsregimes in Südafrika (inkl. Namibia, dem vormals deutschen Kolonialgebiet Südwestafrika) und Rhodesien und den portugiesischen Kolonien (offiziell «Üeberseeprovinzen») Angola und Mocambiaue. nd Mocambique

und Moçambiquė.

Der bewaffnete Befreiungskampf der
Afrikaner in diesen Kolonien, der erst
aufgenommen wurde, nachdem gewaltlose Forderungen der Afrikaner von
der Kolonialmacht mit Gewalt beantwortet worden waren, wurde und wird immer noch im Grossteil unserer Presse immer noch im Grossteil unserer Presse kaum erwähnt. Schlagzeilen machen im besten Fall Einzelereignisse wie der Rückzug von Missionaren aus politi-schen Gründen oder die sich häufenden Berichte von Massakern an der afrika-nischen Bevölkerung durch portugiesi-sche Truppen; doch über die Hinter-gründe der Unterdrückung und den Be-schen werden der Afrikaner grähren

gründe der Unterdrückung und den Be-freiungskampf der Afrikaner erfahren wir in der Presse nur wenig. Die vor einigen Jahren erstmals ge-äusserte Befürchtung, das südliche Afrika könnte zu einem zweiten Viet-Afrika Rönnte zu einem zweiten Viet-nam werden, verdichtet sich immer mehr, da die Weissen ihre Herrschaft nicht freiwillig abtreten werden und sich der Widerstand der Afrikaner immer mehr ausdehnt. (Die Befreiungs-bewegung PAIGC in Westafrika hat für die von ihr befreiten Gebiete von Gui-nea-Bissao Ende September die Unab-bisogicheit von Portugel ausgeruffen. hängigkeit von Portugal ausgerufen.)

Für Kommilitonen, die sich eingehen-Für Kommiltonen, die sich eingehender mit dem Problemkreis Entwicklung Unterentwicklung beschäftigen möchten, bieten die KfE-Uni und die KfE-TH gemeinsam mit der Arbeitsgruppe dritte Welt Zürich eine «Einführungsgruppe» an, die sich jeweils am Dienstag um 18.30 Uhr im Foyer Voltagen 18.30 Uhr im Foyer Voltage strasse 58 trifft.

Für die KfE-Uni: Hans Sonderegge

### Oeffentliche Veranstaltungen der Evangelischen Hochschulgemeinde

### Christliche (Un)Tugenden

jesus von den christlichen Sünden mache uns frei (Ernst Eggimann)

Die christlichen (Un)Tugenden sollen nicht verteidigt oder restauriert werden; sie gehören aber einfach zu unserer Vergangenheit, und diese sollen wir nicht unbearbeitet und unfruchtbar lassen.

Im Dezember und Januar, montags um 18.30 Uhr Gespräche mit Schriftstellern im Foyer Voltastrasse 58

3. Dezember ACKLIN und Silvio BLATTER

10. Dezember Ernst EGGIMANN Erlösung von den christlichen Sünden

Oskar PFENNINGER Meine obszönen Texte

Autoritäre Strukturen in der Gottesvorstellung

■ Weg von der Hochschule! ■

Hast Du Dein Studium beendet? Gehst Du ins Praktikum?

Von nun an kommst Du vielleicht nur noch selten oder gar nicht mehr an die Hochschule. Du wirst also auch den «zürcher studenten» und «konzept» nicht mehr einfach irgendwo auflesen können. Falls Du den «zs/konzept» als einen wertvollen Beitrag im Blätterwald betrachtest und nicht als eine neue Form von Umweltverschmutzung, dann lass Dir empfehlen, ihn mit diesem Talon zu

Ich bestelle ein Abonnement «zürcher student/konzept» bis Februar 1975 für Fr. 21.-\*

Ich bestelle ein Abonnement auf «konzept» allein bis Dezember 1974 für Fr. 13.--\* (Nichtzutreffendes es streichen)

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)

Name und Adresse:

Mit 30 Rp. frankiert einsenden an: «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Anleitung II zur Benutzung der Stadt Zürich\*

# **Bretter und Leinwände,** die die Welt (be)deuten

Nachdem wir im letzten «zs» einige Tips über Beizen und Läden usw. vermittelt haben, befassen wir uns in diesem Beitrag – wiederum in erster Linie für die neu nach Zürich gekommenen Studierenden – etwas mit der Theater- und Kinolandschaft Zürichs. Neben Benutzungsgewohnheiten und Kurzcharakteristiken (auszugsweise) der Kinos und Theater veröffentlichen wir nebenstehend ein Gespräch mit Klaus Völker über das Theater am Neumarkt. In der nächsten Ausgabe wird ein Interview mit Zbigniew Stok, dem Leiter des Kammertheaters, folgen,

Wer in Zilrich der «siehenten Kunst» wer in Zurich der «sebenten Kunst» frönen will, hat oft die Qual der Wahl. Neben den knapp drei Dutzend kom-merziellen Kinos, von denen immerhin rund die Hälfte nicht andauernd pseudoerotische Fleischschauen oder delschlägereien zum gibt, existieren mehrere Möglichkeiten, Filme zu sehen, die ausserhalb der kommerziellen Produktion stehen oder als zu unergiebig - von den Kinos nicht mehr gespielt werden.

#### Studentenkino und Studentenvergünstigung

Dazu gehören die VSETH-Filmstelle (Programm auf den Plakätchen und jeweils im Wochenkalender), das Film-programm des KStR sowie der Mitte-schul-Filmklub (Aula Rämibühl), beide ieweils im Wochen-Bulletin der Studenjeweils im Wochen-Bulletin der Studen-tenschaft Uni angekündigt. Ausserhalb der Schulen findet man ein ähnliches Angebot vor allem im Filmpodium, das von der Präsidialabteilung der Stadt veranstaltet wird und immer am Montag im Kino Radium stattfindet (Prom auf den Plakaten «Filmpodium» gramm auf den Plakaten «Filmpodium) und in der Tagespresse, Dazu ist auch die Vereinigung «Der andere Film» (DAF) zu zählen, die am Sonntagmor-gen im Kino Etolie insbesondere sozia-listische Fime zeigt (Mitgliederkarte erforderlich!).

Im Gegensatz zu andern Schweizer Städten gewähren die meisten Zürcher Statten gewanten die meisten Zurcher Kinos gegen Vorweisung der Legi eine Vergünstigung, das heisst, man bezahlt eine Platzkategorie weniger, als man sitzt. Vielfach gilt diese Reduktion nur von Montag bis Donnerstag, teilweise gilt sie nur für die Nachmittagsvorstellengen (zum. Beistell im Angelle St.) lungen (zum Beispiel im «Apollo-Stu-dio», das übrigens eines der wenigen «klassenlosen» Kinos ist, d. h. nur eine

Die Theater gewähren Studierenden in der Regel eine Preisermässigung von 50%, teilweise aber nur an der Abend-kasse.

### Die Kinos bekommen ein Brüderchen

Die kulturell wichtigen Filme, die Die kulturell wichtigen Filme, die cineastischen Leckerbissen usw. sind meist – wie anderswo – in denselben paar Kinos anzutreffen. Das beachtenswerteste darunter ist sicher das «Nord-Süd» am Schiffländeplatz. Dort werden, zum Teil in ganzen Zyklen, die Filme der Genfer «Groupe 5» (mit den Bealisatoren Alvin Tunner Michel Realisatoren Alain Tanner, Michel Soutter und Claude Goretta) aufge-führt. Häufig anzutreffen sind hier auch südamerikanische Filme (Glauber Rocha) sowie französische Studiofilme Man kann wohl ruhigen Gewissens sagen, dass sich, auch ohne Konsultader Kritiken, jeder Besuch im

Das «Studio Uto» in der Kalkbreite bringt häufig Reprisen guter oder doch erfolgreicher Filme, hin und wieder auch osteuropäische Filme. Das «Alba» beim Central hat sich etwas auf französische, schwedische, russische und auch tschechische Klassiker spezialiauch tschechische Klassiker speziali-siert. Im «Wellenberg» am Hirschen-platz sind gute Studiofilme, anspruchs-volle Unterhaltungsfilme und auch etwa ein Polit-Thriller zu sehen (Paso-lini, Godard, Truffaut, Chaplin-Repri-sen, Gavras u. a.). Vorwiegend eng-lische und schwedische Filme (Berg-ment zeist des «Wesdilb» beim Bahnan) zeigt das «Picadilly» beim Bahn-

Nebenan und dazugehörend, wird Ende Woche das 49plätzige Kleinkino «Commercio» eröffnet. Den Namen übernimmt es von Zürichs ältester Stehbar, die ursprünglich an der Schüt-Stehbar, die ursprünglich an der Schutzengasse beheimatet war, dort einem Büroneubau weichen musste und deren vollständige Einrichtung nun beim Picadilly wieder aufgebaut worden ist. Das «Commercio» soll in erster Linie ein Studio- und Experimentierkino sein und wird in Zusammenarbeit mit dem Filmpodium und dem Schweizerischen Filmzentrum spezielle Zyklen und Retrospektiven organisieren.

#### Allerlei Bewährtes

Im Banken- und Versicherungsviertel inde sich das «Studio 4» (Nüscheler-strasse), in dem vorab gut gemachte Kommerzfilme, Studiofilme und geho-bene Kassenschlager zu sehen sind. Aehnlich gelagert sind das «Apollo-Studio» (nicht zu verwechseln mit dem «Apollo-Cinerama», beide am Stauffacher) sowie – mit eher französischem Schwergewicht – das Kino «Le Paris» am Stadelhofen.

Selbstverständlich gibt es in Zürich eine ganze Handvoll jener Kinos, di den Frustrierten aller Grade zwei Stun den voll knisternder Erotik und sprü hender Sinneslust versprechen und meist nur eine noch grössere Frustration hinterlassen. Wenn du also einmal in der Situation eines potentiellen Sex-film-Fleischbeschauers bist, dann mach lieber eine Kontaktanzeige im «kon-

#### Kinos oder Warenhäuser

Das «Picadilly» war bereits totgesagt, denn das Haus gehört der Jelmoli Grands Magasins SA, welche in ihrem branchenüblichen Verdrängungstrieb dort ein Warenhaus aufzustellen die Absicht hatte. Grund für dieses Vorhaben waren die vom zukünftigen S-Bahn-Knoten Stadelhofen erwarteten Penderströme. Geschickterweise wartet Jelmoli zuerst die Volksabstimmung über die U- und S-Bahn ab und konnte daher nach deren (für die Wirtschaft) negativem Ausgang das Projekt zurückstellen, im Gegensatz zu Globurückstellen, im Gegensatz zu Globus und Oscar Weber "deren Tochtergesellschaften ABM bzw. Epa schon am Bauen waren. üblichen Verdrängungstrieb dort Bauen waren.

zento - wir drucken alles was beim

Bundesanwalt noch so durchgeht ...

Die Theaterlandschaft der Stadt
Zürich lässt sich relativ gut charakterisieren. Jede der rund acht Bühnen (ohne Opernhaus) hat ihre Eigenschaf-(onne Operinaus) nat ihre Eigenschaf-ten, ihre Ziele, ihre Arbeitsweise und ihr Publikum. Natürlich verwischen sich die Grenzen da und dort. Am schillerndsten präsentiert sich das Schauspielhaus. Aeusserlich von

völlig unscheinbarer Architektur, hat es doch dank der Nazizeit Weltruf erlan doch dank der Nazizeit Weitruf erlangen können. Letzteres ist allerdings schon lange her, und als vor vier Jahren Peter Löffler versucht hat, die Bühne aus der selbstgefälligen Renommierrolle der «obern 5%» herauszureissen und aktuelles, angriffiges und poli-

tisches Theater fürs Volk zu machen, wurde das bald einmal unterbunden. Heute, unter der – immer noch – interimistischen Leitung von Harry Buck-witz, lautet die Devise: «Grosse Schau-spieler in grossen Rollen für ein grosspieter in grosser Rotten Jur ein grosses Publikum», wobei «gross» durchweg in qualitativem, nicht in quantitativem Sinne gemeint ist. Bleibt doch beizufügen, dass besagte Bühne etwa 95% der öffentlichen Theatergelder beansprucht. Also doch quantitativ.

#### Grosse «Kleinkunst»

Ueber das Theater am Neumarkt, das bezüglich Mitbestimmung für Zürich wohl als Modellfall gelten kann, orientiert das nebenstehende Gespräch mit Klaus Völker, Mit dem ebenfalls sehr interessanten Kammertheater werden wir uns in der nächsten «zs»-Ausgabe noch befassen.

Hinter dem Kunsthaus gibt es im sel-

ben Gebäude gleich zwei Theater: unben Gebattoe gleich zwei Ineater: unten das kellerartige Theater an der Winkelwiese und im dritten Stock das Zimmertheater von Heddy Maria Wettstein. Unten wird in dieser Spielzeit ebenfalls mit Mithestimmung experimentiert. In praktischer Gleichberechtigen Ergestein der Gleichberechtigten Ergestein. mentiert. In praktischer Gleichberechtigung hat das fünfköpfige Ensemble Rainer Werner Fassbinders «Bremer Freiheit» auf die Bühne gestellt. Frau Wettstein sieht als Zentrum des Spielplans ihre eigenen Aufführungen von Monodramen (Einpersonenstücke). Daneben gastieren auch Aussenstehende, z. B. Beat Richner mit seinem «Beatocello», und die Institution des «Literarischen Dienstags» wird weitergeführt.

geführt.
An der Limmat unten liegt das Theater am Hechtplatz, dessen Schwerge-wicht auf Kabarett und Chansons liegt. Bernhard-Theater. Das Bernnara-Ineater, zwischen Opernhaus und See gelegen, schwankt zuweilen unter den Lachstürmen, die von Ruedi Walter, Willi Millowitsch oder Emil einem Publikum entlockt werden, das lachen möchte, ohne denken zu müssen.

Nicht vergessen werden darf das Theater 11 in Oerlikon, das unter Mit-wirkung der Präsidialabteilung der Stadt ganz beachtliche Gastspiele ausländischer (vor allem gesellschaftskritischer) Theater organisiert.

scher) Theater organisiert.

Ueber Aufgabe, Sinn und Wert all dieser institutionalisierten Theater lässt sich durchaus diskutieren. Es ist eine Tatsache, dass nur eine Minderheit Theater überhaupt besucht. Es ist daher sehr zu begrüssen, dass auch in Zürich das Theater versucht, unter die Leute zu gehen, dass vermehrt Strassentheater und ähnliches produziert werden, mit dem Ziel der politischen Aufklärungsarbeit, als Mittel des politischen Kampfes. Denn unpolitisches Theater, das sollte sich mittlerweile herungesprochen haben, gibt es sowenig wie unpolitische Hochschulen.

Beat Schweingruber

Beat Schweingruber \* 1. Tell siehe «zs» Nr. 51/5, Oktober 73.

Möglich- und Unmöglichkeiten engagierten Theaters

### «Warum soll Denken nicht auch Spass machen?»

Mit jenen zwei Theatern, die wir zurzeit als die interessantesten auf dem Mit jenen zwei Ineatern, die wir zurzeit als die interessantesien auf dem Platz Zürich betrachten, möchten wir unsere Leser etwas näher vertraut machen. Deshalb hat sich Werner Kuhn mit Klaus Völker über das Theater am Neumarkt im speziellen unterhalten. In der nächsten Ausgabe lassen wir ein Interview mit Zbigniew Stok über sein Kammertheater folgen.

Zürcher Student: Herr Völker, für welche Tätigkeit sind Sie vom Theater am Neumarkt engagiert worden?

Neumarkt engagiert worden?

Völker: Als Dramaturg, zusammen mit Claus Bremer. Und zwar haben wir uns, nachdem der Spielplan gemeinsam mit dem gesamten Ensemble entwickelt worden war, die Stücke für die Dramaturgie aufgeteilt. Ich habe die erstendrei Produktionen übernommen, also Goethes «Stella», Wedekinds «Tod und Teufel» und jetzt «Lichtenberg» von Gerhard Roth. Die nächsten Stücke macht Claus Bremer, und am Ende der Spielzeit bin ich wieder da.

zs: Als Sie mit Peter Stein unter der Direktion von Peter Löffler am Schau-spielhaus waren, konnten Sie Ihre Arbeit nicht mit der nötigen Konse-quenz durchführen. Haben Sie das Ge-fühl, dass Sie jetzt, im Theater am Neumarkt, die Atmosphäre und die Möglichkeit zum Arbeiten haben?

V: Am Schauspielhaus wurde die Möglichkeit eben von aussen her abge-

schnitten, von einigen Leuten verhindert. Hier sind schon die Voraussetzungen ganz anders. Damals wurden wir von einem Verwaltungsrat den dort schon anwesenden Mitgliedern vor die Masse gesetzt, und wir haben auch relativ viele Leute mitbringen können. Hier iste so, dass das ganze Ensemble mich früher schon kennengelernt hat. In der letzten Spielzeit hatte ich im Zusammenhang mit der Operette «Saison in Salzburg», die hier lief, mit den Schauspielern eine Art Sozialgeschichte der Operette vorher abgehandelt. Also die kannten mich jedenfalls und wollten mich hier, und das sind natürlich bessere Voraussetzungen für die Arbeit.

zs: Am Schauspielhaus haben Sie mit Stein und Löfflee versucht, politisches Theater zu machen. Das Experiment wurde nicht nur deshalb abgebrochen, well ein konservativer Verwaltungsrat um seine heile (Theater-)Welt bangte, sondern auch well das angestammte Oberschielntpublikum wegblieb, ohne

dass ein genügend starkes neues Publi-kum einzog. Nun gilt aber auch das Neumarkt-Theater, trotz einigen Versu-chen, als institutionelles Theater. Das heisst, Sie müssen sich des bürger-lichen Publikums bewusst sein und machen sich wohl keine Illusionen, Veränderungen hervorrufen zu können. Oder sehen Sie das anders?

V: Natürlich ist hier ein bürgerliches Publikum, darüber kann man sich nicht hinwegtäuschen. Man kann nicht mit einem imaginären Arbeiterpublikum operieren, mit einem Publikum, das gar nicht hier ist und ausserdem in Zürich sehr schwer zu finden ist...

zs: Weil es gar kein echtes Proletariat gibt?

V: Das könnte man sagen. Es gibt schon proletarische Verhältnisse, aber die sind ganz anderer Art. Im Vergleich zu andern Ländern sind es eigentlich nur kleinbürgerliche Verhältnisse und Zustände, Jedenfalls ist dieses Publi-

herauszubekommen und etwas über die Rollen zu erfahren, um möglichst viel sachliche Argumente bei der Besetzung zu haben, damit nicht nur die vielleicht subjektiven Wünsche des Regisseurs oder anderer an der Produktion Betei-ligter eingebracht werden. Ausserdem können die Schauspieler ihre Rollen-wünsche anbringen. Das alles wird be-sprochen und diskutiert. Sicher gibt es da auch noch Probleme, die mit dem – was vielleicht einige Leute nicht gern hören – Talent und dem handwerk-lichen Können zusammenhängen.

achen Konnen zusammennangen.
zs: Weshalb wird hier, im Theater am
Neumarkt quasi ein Repertoiretheater
gemacht? Weshalb stellt man nicht
mehr Versuche an wie etwa die Leute
vom Theater an der Winkelwiese, die
bereits nicht mehr mit Produktionen
heraus müssen, weil sie Zeit haben,
d. h. sie können nur zwei Stücke pro
Spielzeit herausbringen?

V: Das hängt zum Teil mit Auflagen von der Stadt her zusammen, die Sub-

#### Klaus Völker

existiert seit 1938. Studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte, vorerst in Frankfurt, bei Höllerer und Adorno. Spielte und inszenierte Studententheater. Siedelte 1959 nach Berlin über. Literatur- und Theaterkritiken. 1969/70 Chefdramaturg am Schauspielhaus Zürich, mit Peter Stein als Regisseur und Peter Löffler als Direktor. Alle drei 1970 mit grossem Krach entlassen. 1971/72 Lektor im «Verlag der Autoren», Frank-furt. Seit 1973 Dramaturg im Theater am Neumarkt.

Völker hat verschiedene Dramatiker-Porträts auf dem Gewissen, so «Frank Wedekind» (1965), «Yeats und Synge» sowie «Sean O'Casey» (2 Bände irisches Theater, 1967 bzw. 1968). Bekannt ist vor allem seine «Brecht-Chronik» (1971).

kum nicht so ansprechbar und nicht leicht für das Theater zu gewinnen. Wenn das «Neumarkt» eine Chance

leicht für das Theater zu gewinnen. Wenn das «Neumarkt» eine Chance hat, dann schon eher mit seinem Publikum, also diesem Mölldungsbürgertum» – Studenten, Akademiker, Leute mit Vorbildung –, an das man dann auch gewisse literarische Ansprüche stellen kan. Dass man von daher versucht, auf die Leute, die dann Umgang haben mit solchen, die nie ins Theater gehen, einzuwirken. Das wäre erst ein sekundärer Effekt, ein indirekter. Wir könen nur die Aerzte, Pfarrer, Juristen usw. beeinflussen, die mit der Bevölkerung an der Basis dann viel mehr zu tun haben als Theaterleute. Wenn da ein Theater mal linke Programme verkündet, hat das eine geringe Wirkung im Verhältnis zu den «Einspritzungen»

ventionen für das Theater bezahlt. Der Etat hat eine bestimmte Höhe, und soundso viel muss durch Einnahmen erbracht werden. Wir können nicht einfach sagen, wir spielen ein Stück zwei, drei Mal die Woche, so lange es eben geht, und machen dann ein anderes. Hier ist doch ein fest engagiertes Ensemble mit Verträgen für die ganze Spielzeit, das auch grösser ist als an der Winkelwiese; da muss man schon einen Modus finden, der eine regelmässige Arbeit gewährleistet.

Ein Repertoirespielplan wirkt sich auf die Zuschauerfrequenz günstiger aus. Wenn ein Stück fünf, sechs Tage hintereinander gespielt wird, dann nimmt die Zuschauerfreuen auffällig ab. Das ist am Schauspielhaus noch viel ausgeprägter. Man hat sich daran ge-

ausgeprägter. Man hat sich daran ge-



und ideologischen Spritzen, welche jene Leute in die Bevölkerung hineintragen, die ständig mit ihr in Kontakt sind. Was ein Arzt z. B. den Leuten alles verzapfen kann, während er sie behandelt, das ist viel mehr.

Das Schlimme ist eben – gerade auch an der Uni, das werden Sie mir zugeben müssen –, dass an der Philosophischen Fakultät am ehesten limke Strömungen und Anschauungen vertretne werden, während an den «stabilisierten» Fakultäten, bei den Juristen, bei den Medizinern, viel mehr konservative Leute sitzen.

V: Aber die wären viel wichtiger für Veränderungen.

### zs: Gerade die Juristen . . .

zs: Gerade die Juristen...

V: Ich meine, dass wir versuchen, solche Leute zum Nachdenken zu bringen und bei denen etwas aufzubrechen, mit den Mitteln, die wir hier im Theater zur Verfügung haben. Das Neumarkt-Theater hat in den letzten zwei Jahren Versuche gemacht, an andere Publikumskreise heranzukommen, auch mit einer andern Art von Produktion – ich denke vor allem an das Theater für Fremdarbeiter – und da sind die Erfahrungen eigentlich ziemlich entmutigend.

zs: Wie sieht die Entscheidungsstruktur im Neumarkt-Theater aus? Welche Mit-bestimmungsmöglichkeiten haben die Ensemblemitglieder, die Schauspieler und Techniker?

und Techniker?

V: Wir haben Dramaturgiesitzungen, das sind für das ganze Ensemble offene Sitzungen, an denen über die grundsätzlichen Dinge und Methoden gesprochen wird und Erfahrungen der Aufführungen bzw. zukünftige Projekte, die Spielplankonzeption usw. diskutiert werden. Welche Stücke gespielt werden z. B., entscheiden alle bei den Dramaturgiesitzungen
Ensemblemitglieder. Daneben gibt es auch jeweils zu einer Produktion gehörige Sitzungen, wo das Stück und die Rollen analysiert werden und wo Theorie dazu erarbeitet wird. rie dazu erarbeitet wird.

zs: Das Ensemble besitzt ja keine eigentlichen «Stars». Aber man hat doch das Gefühl, dass bestimmte Rol-len, die ein gewisses handwerkliches Können erfordern, mit stets denselben Leuten besetzt werden. Wie geht man bei der Besetzung vor?

V: Die Besetzungen werden auch ge-meinsam vorgenommen. Zunächst wird das Stück analysiert, da ist das ge-samte Ensemble dabei. Man versucht, schon möglichst viel über das Stück

wöhnt, dass ein Stück mehrere Monate zu sehen ist. Es ist nicht so, dass die Leute alle sofort gehen, sondern es braucht eine lange Zeit, bis sich etwas herumspricht.

zs: Ja, Zürich braucht erst eine Einlauf-

zeit.
V: Gerade jetzt haben wir grosse
Schwierigkeiten. Wenn man z.B. mit
dem Raum bestimmte Experimente anstellt, und hin – wie bei «Stella» – für
eine Produktion unbaut, was sehr viel
Zeit kostet, dann ist man im Ansetzen
der Stücke eingeschränkt, Wir machen



us Völker vor dem Turandot-Plakat aus der Schauspielhaus-Zeit.

das jetzt wochenweise. Eine Woche «Stella», eine Woche Wedekind. Wollten wir das jeden Tag wechseln, dann müsste die Technik den ganzen Tag nur noch umbauen, könnte nichts in der Werkstatt arbeiten und man könnte nicht probieren.

zs: Die beiden ersten Stücke der laufenden Spielzeit sind von der Kritik zurückhaltend, zum Teil ablehnend aufgenommen worden. Wie erklären Sie sich das, und welche Absichten stehen hinter der Gestaltung dieses Spielplans?

V: Auf den ersten Blick sehen die Stücke, die im Theater am Neumarkt in dieser Spielzeit aufgeführt werden, vielleicht zu privat und abseitig aus. Sind es nur Kuriositäten, Raritäten,

Nebenwerke von Autoren, an die man sich mit Liebhaberblick und Ausgra-bungstalent heranmacht?

bungstalent heranmacht?

Die Motive die uns zur Wahl von Goethes «Stella» und Wedekinds «Tod und Teufel» veranlasst haben, decken sich – nach den Reaktionen von Zuschauern und besonders auch von Kritkern – nicht mit den Erwartungen, die man mit einem Besuch im Theater am Neumarkt verbindet. Es kann nicht extravagante Spinnerei oder literarischer Liebhaberblick sein, der uns diese Stücke finden liess, für einen Spielplan, der bei aller Ausgefallenheit doch nicht so isoliert im Bereich des deutschsprachigen Theaters dasteht.

Mit Triumph wird zurzeit – ich denke hierbei besonders an die Aeusse-rung des Berliner Kritikers Fritz Luft – die «Ablösung des Oberlehrertheaters durch ein Theater: der Magier» regi-striert. Max Reinhardt soll sich nun endlich gegen den «Boktrinär Brecht» doch noch durchgesetzt haben. Sogar

Strehler findet nun in dem Salzburger' Altmeister den Kronzeugen für das eigentliche Theater, nachdem er offenbar so viel Enttäuschung mit seinen Brecht-Schülern und Mitbestimmungsversuchen erlebt hat.
Diesen Rückfall in die blendende Routine, in die aufwendige Gedankenlosigkeit gedenken wir nicht mitzumachen. Dennoch aber ist es richtig, dass in den letzten Jahren bei den Versuchen, zeitgenössisches Theater zu machen, zu trocken und phantasiehemmend verfahren worden ist. Besonders in der Spielweise wurde das Understatement gepflegt. Wir kommen nun langsam wieder zu anderen Auffassungen. Wir interessieren uns für Gefühle, für die menschliche Innenwelt. Das ist keine Abiehnung gesellschaftlicher Fragen, sondern eine intensivere Beschäftigung mit ihnen. Was an menschlichen Freiheiten, Bedürfnissen und Gefühler wird eingeschränkt? Welche Gefühle erlauben wir uns noch? Unsere Neurosen haben schliesslich Ursachen . . .

### Filmveranstaltungen: Bolivien/Südafrika

Organisiert vom VSETH in Zusammenarbeit mit der Kommission für Ent-wicklungsfragen der ETH.

Montag, 26. November, 19.15 Uhr

kes), Bolivien 1971. Der Film ist spa-nisch gesprochen und wird mit deut-schen Untertiteln gezeigt.

Mittwoch, 28. November, 19.15 Uhr Yawar Mallku (Das Blut des Kondors), Bolivien 1969. Der Film ist in der In-diosprache Quetschua, spanisch und englisch gesprochen und wird mit französischen Untertiteln gezeigt.

Donnerstag, 29. November, 19.15 Uhr Il tiempo de los generalis (Die Stunde der Generäle) Bolivien 1972. Der Film ist spanisch gesprochen. Der deutsche Text wird eingelesen.

Dienstag, 4. Dezember, 19.00 Uhr Uni 104

Katutura (Südafrika), anschliessend Diskussion mit dem Regisseur Ulrich Schweizer.

Dienstag, 11. Dezember, 19.00 Uhr, Uni 104

Im Sog des Goldes (Südafrika), an-schliessend Diskussion mit dem Regis-seur Ulrich Schweizer.

Voranzeige:

Montag, 8. Januar 1974

Banañera Libertad mit anschliessender

Diskussion mit dem Regisseur Peter

von Gunten.
Die Filme werden an der ETH gezeigt, der genaue Ort wird noch in WOKA und WOBÜ bekanntgegeben.
Der Eintritt ist frei!

\*

«Wenn wir die Künstler, Studenten, Fachleute, Filmemacher, mit einem Wort jene, die gegessen haben, während andere verhungerten, die studierhaben, während andere für ihr blosses Ueberleben schufteten – wenn wir alle was fragen: Was tun? Welche Rolle können wir in dieser Realität übernehren? – dam müssen wir uns dargn ernennen wir in dieser keintal twerneri-men? -, dann müssen wir uns daran er-innern, dass unsere Existenz nicht gra-tis ist, dass dafür andere gestorben, er-niedrigt, ausgebeutet und vernichtet worden sind.»

Aus «Wir sind im Kampf gegen den Kapitalismus» von Jorge Sanjines

# **Krauthammer**

Buchhandlung für Wirtschaft und Politik

#### **Unser Programm:**

Volkswirtschaft, Parteien, Massenmedien, Statistik, Militär, Inflation, Datenverarbeitung, Unternehmensführung, Marketing, Werbung, Banken, Innenpolitik, Friedensforschung, Umweltschutz, Mitbestimmung, Politikwissenschaft, Organisation, Sozialismus, Aktualität,

Jetzt eröffnet

Mühlegasse 13 8001 Zürich, Tel. (01) 34 08 84

### Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Suhrkamp. dtv Re-clam. Göschen. Goldmann. Ullstein. Knaur, detebe. Hanser Luchterhand. Geist und Psyche. Thieme BI-HTB. Heidelberger.

### Wir haben alle. **Uebrigens:**

Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

Hier:

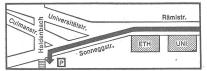


### Buchhandlung Sonnega

Geöffnet: 9.00 bis 18.00 Uhr durchgehend

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29 Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



### Studenten!

In der Stadt Zürich gibt es mehr als zwanzig Buchhandlungen, die spezielle Fachgebiete für das Hochschulstudium pflegen.

Lassen Sie sich in diesen Buchhandlungen fachmännisch bedienen. Profitieren Sie von der grossen Auswahl an Büchern aus Ihren Wissensgebieten und dem Studentenrabatt!

Zürcher Buchhändler-Verein

zum selber maler und die gute Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6 (vis-á-vis Krone) Tel. (01) 26 30 61, Zürich Alles zum Malen

### Manche mögen's heiss...

Tolle Herbst- und Win termoden, Leder-Sport- u. Badekleidung, Hemden, Pullis, Jeans und Hosen, heisse Höschen, Sexy-Wä-sche, aufregende Neubeiten aus aller Neuheiten aus allei Welt, alles TOM, Zürich (Neueste Prosp te Fr. 2.— Briefmarken, «zürcher

TOMS Hosenschop, Preyergasse 6 TOM Schifflände 26 TOMS Sexy-Shop, Spitalgasse 4



### Marktgasse 17, Tel. 34 15 30

Bäggli-Hotels AG

Hotel Rothus, 8001 Zürich

Restaurant Golden Bar, 1. Stock

Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.80 und

Ihr Brillenspezialist

für Augenoptik

+Kontaktlinsen

Welcho-Optik

Welchogasse 4 8050 Zürich Telefon 051/464044

### gewährt Studenten **Ansprechende Auswahl** 20% Rabatt günstige Preise auf Brillen

### 10% Rabatt

auf Sonnenbrillen. Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

Harte Kontaktlinsen Studentenpreis Fr. 395.- netto

Weiche Kontaktlinsen Studentenpreis Fr. 500.- netto

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität

Unibar

Erfrischungsraum Erfrischungsraum

Erfrischungsraum

Frohsinn

Hotel-Restaurant Rütli

Künstlergasse 10 Universitätsgebäude Institutsgebäude Freiestr. 36 Zahnärztliches Institut Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital

Stadelhoferstrasse 10 (auch 1. Stock)

am Hottingerplatz Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

### Für Ski zu Stadi!

Unsere Riesenauswahl wird Sie überraschen: Atomic, Attenhofer, Authier, Blizzard, Dynamic, Elan, Erbacher, Fischer, Fritzmeier, Hart, Head, K 2, Kästle, Kneissl, Olin, Rebell, Rossignol, Schwendener, Streule, Völkl usw.



Durchgehend geöffnet Parkplatz

Seminar über Entscheidungsfindung im Hochschulwesen

### Einzelinteressen und kantonale Kompetenzen statt koordinierte Entscheidungsfindung

Das Wort «Bildungspolitik» ist in aller Aufgeschlossener Munde. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Lehranstalten des Unterrichtswesens nicht einach in der Art eines Gaswerkes funktionieren. Die Idee der Bildung ist zum materiell bedeutsamen Politikum geworden, Der Staat hat bei seinen Massnahmen verschiedene, teilweise divergierende Faktoren zu berücksichtigen. Die Wirtschaft und die Gesamtgesellschaft melden einen wachsenden Bedarf an bestimmten Akademikergruppen. Diese Ent-wicklung regte die individuellen Bedürfnisse an, und Ideen wie Chancengleichheit und allen zugängliche (Allgemein-)Bildung wurden aktiviert. Diesem Trend steht zurzeit ein eng begrenzter finanzieller Rahmen gegenüber.

Wie immer die gegebenen Mittel einge-Wie immer die gegebenen Mittel einge-setzt werden, zuerst sind die Fragen zu beantworten: erstens, wer wieviel von welcher Bildung zu welchem Zweck er-halten soll, und zweitens, wie jedem Menschen die freie Entscheidung effek-tiv ermöglicht werden kann. Beide An-satzpunkte sind nicht völlig voneinan-der zu trennen, da das Angebot der Bil-dungsinstitutionen die Bildungswijnsche dungsinstitutionen die Bildungswünsche mitbeeinflusst.

Sicher wäre die Frage einer ernsthaf-Sicher ware die Frage einer ernsthaf-teren Untersuchung wert, ob der Run auf die Bildung, d.h. auf die universi-täre Bildung, nicht durch falsche Er-wartungen und hohle Prestigekatego-rien bestimmt wird. Dem wäre allenfalls mit einer rationaleren Auswahlfalls mit einer rationaleren Auswahl-praxis bei der Stellenbesetzung in Ver-waltung und Wirtschaft entgegenzu-steuern. Doch auch der Abbau ständi-scher Elemente kann weder den gesell-schaftlichen noch den finanziellen Wert der Bildung zum Verschwinden bringen. Werden nun die hochschulpolitischen Entscheidungsstrukturen diesen Anforderungen gerecht?

derungen gerecht?

«Entscheidungsfindung im Bereich
des Höchschulwesens» war das Thema
eines Seminars, das im September das
«Stapferhaus» – eine halböffentliche
Stiftung – auf der Lenzburg durchführte. Geht man der grundsätzlichen
Frage nach, so kann man an einige
aktuelle zürcherische Entscheidungen
anknüpfen. Sie stehen vor dem Hintergrund finanzieller Restriktionen, die
eine neue Phase einleiten dürften, nachdem die Zürcher Regierung bis vor kurzem die meisten Anträge aus der Uni-

versität auf Stellen, Institute und Neubauten bewilligte, und zwar – wie die Strickhofabstimmung gezeigt hat – durchaus mit dem «Willen des Volkes»!

- Die Fakultät mit den kleinsten (und Die Fakultat mit den Kleinsten (und abnehmenden) Studentenzahlen, die Theologie, hat kürzlich eines der gröss-ten Gebäude bezogen.
- Für das nächste Semester wird eine - rur das nachuse Semester wurd eine Begrenzung der Lehraufträge wirksam werden. Die rein quantitative Ausgangslage ist mit einem Vergleich darstellbar zwischen den über 25 Stunden für die recht wenigen Ethnologen und den knapp 80 Stunden Lehrauftrag für die 1000 Psychologen.
- Auch nach der Aufhebung des Beru-- Auch nach der Aufnebung des Berti-fungsstopps wurde der Ausbau der Psy-chologie eine Zeitlang blockiert, bis ein neues Studienkonzept vorlag. Dem Sparwillen fielen gerade die kleinen Posten zum Opfer, so die Tutorante, die kostenmässig pro Stunde etwa einem Zwanzigstel eines Ordinariats entspre-chen chen.
- Ein Numerus clausus kann nur noch knapp vermieden werden. Während Zürich auf dem Strickhof eine Milliarde Zurich auf dem Strickhof eine Millarde Franken aufwendet (inklusive 40%, Sub-ventionen), um 600 statt wie bisher 300 bis 400 Vorkliniker aufzunehmen, pik-ken sich einige ehemalige Nichthoch-schulkantone die Rosinen aus dem Kuchen, obwohl gerade Fragen wie Umweltschutz oder Rildum beser un. Umweltschutz oder Bildung besser un-ter Benützung einer ganzen Universität angegangen würden.

Zu diesen Fakten ist folgendes zu

Regierungsrat Gilgen einmal grosszügig

### Lehrstuhl und Verwaltungsrat

Erziehungsdirektor Gilgen, der sonst Letziehungsdirektor Gilgen, der Sonst eher dafür bekannt ist, mit Stipendien zu knausern, politisierenden Studenten mit harter Faust Steine in den Weg zu legen oder Staatsangestellte, welche die Hierarchie seiner Majestät in Frage stellen, kurzfristig zu entlassen – die «Zürcher AZ» stellte jüngst einen spaltenlangen Katalog üher seine wüher-«Zürcher AZ» stellte jüngst einen spal-tenlangen Katalog über seine «über-durchschnittlichen Leistungen» (Zitat Landesring) auf – eben dieser Herr Gil-gen ist neuerdings äusserst grosszügig und tolerant geworden. Wir haben ihn also bisher völlig verkannt und ihm schwer Unrecht getan. Der Erziehungsdirektor hat nämlich vor kurzem festgestellt und verkündet, dass es einem Universitätsprofessor

es einem Universitätsprofessor durchaus erlaubt sei, ein Verwaltungsdurchaus erlaubt sei, ein Verwaltungs-ratsmandat zu übernehmen. Im konkre-ten Fall heisst der Professor Edwin Rühlt, ist Ordinarius für Betriebswirt-schaftsiehre und Direktor des Uni-Insti-tuts für betriebswirtschaftliche For-schung, und der Verwaltungsrat gehört zu einer sogenannten «Oerlikon-Bührle Holding AG». Aha, denkt man, da haben sie wieder

einen gedreht. Dass Hochschulinstitute mehr für die Privatwirtschaft zu arbeimehr für die Privatwirtschaft zu arbei-ten pflegen, als diese dafür bezahlt, er-schüttert ja fast niemanden mehr. Aber gleich den Leiter einer staatlichen be-triebswirtschaftlichen Forschungsstelle in Personalunion zu setzen mit einer hohen Verwaltungsposition eines Grosskonzerne des liste schon aufhor-Grosskonzerns, das lässt schon aufhorchen. Verwaltungsräte werden schliesschen. Verwattungsrate werden schilessich nicht umsonst gewählt. Sie werden von ihrer Gesellschaft bezahlt und sind ihr gegenüber verpflichtet, mehr als ein Professor seiner Lehranstalt gegenüber, die in ja kaum kontrolliert – es sei denn, er betätige sich linkspolitisch

Also könnte es sein, dass Herr Rühli Also Konnte es sein, dass Herr Kuni zufälligerweise gerade die Forschung betreiben lässt, an welcher der Herr Bührle interessiert ist. Anders ausge-drückt hiesse das: Ein privates Unter-nehmen lässt sich seine Forschung vom Stagt hezpelen

nehmen lässt sich seine Forschung vom Staat bezahlen. Auf ähnliche Gedanken kam der sozialdemokratische Kantonsrat Ernst Rosenbusch, der in einer Kleinen An-frage an den Regierungsrat feststellte,

als Inhaber eines Lehrstuhls und Direk als Inhaber eines Lehrstuhls und Direk-tor eines Forschungsinstituts sei Pro-fessor Rühli der Lehre in Unabhängig-keit und Objektivität verpflichtet. «Die Verbindung dieser dem Kanton und sei-verbindung dieser dem Kanton und sei-ner Hochschule gegenüber bestehenden. Verpflichtung mit den privatwirtschaftverpindrung mit den privaurtiscratifichen Interessen eines Grosskonzerns im allgemeinen und des genannten Konzerns im besonderen erscheint als sachlich unvereinbar, in hohem Mass anstössig und dem Ruf unserer Schule abträglich,»

Bemerkenswert formuliert – doch weit gefehlt! In seiner Antwort führt nämlich der Regierungsrat wörtlich aus: «Der Regierungsrat teilt die Aufgassung der Erziehungsdirektion, das die Gefahr von Interessenkollisionen im vorliegenden Fall nicht besteht. Dafür bietet schon die Persönlichkeit von Professor Rühli, der als ausgezeichneter und einsatzfreudiger Dozent anerkannt ist, alle Gewähr. Es kann nur von Vorteil sein (für wen? Red.), wenn er die von ihm vertretenen modernen Führungsauffassungen in einem grossen Industrieunternehmen wirksam werden lassen kann. Vorallem ist jedoch zu begrüssen, wenn ein Ordinarius für Betriebswirtschaft fichten der Privaturistschaft in Kontakt steht, zumal dann, wenn er sein Bemerkenswert formuliert - doch lehre mit der Privatwirtschaft in Kon-takt steht, zumal dann, wenn er seine Kenntnisse auch der öffentlichen Ver-waltung zur Verfügung stellt. (...) Es ist davon eine Bereicherung von Lehre und Forschung zu erwarten. (...) Dem Regierungsrat liegt es deshalb fern, Professor Rühli einen Verzicht auf das betreffende Verwaltungsratsmandat anhezullegen oder gar den Verlust eines als Lehrer und Wissenschafter so vor-züglich ausgewiesenen Dozenten in züglich ausgewiesenen Dozenten in Kauf zu nehmen.»

Uns liegt etwas anderes fern. der Regierungsrat muss es ja wissen. Oder: Ach, wie gut, dass niemand weiss, dass ich R... heiss'!

Beat Schweingruber

P.S.: Vor nicht allzu langer Zeit hat man es als angemessen empfunden, dem Waffenschieber Bührle den Ver-zicht auf seine Funktion im Armee-Ge-neralstab nahezulegen...

- Wer entscheidet innerhalb der Universität über Prioritäten bei der Verteilung von räumlichen und personellen Mitteln?
- Nach welchen Gesichtspunkten und auf wessen Drängen entscheiden Oberbehörden?
- S Können die Entscheidungsmechanismen den Anforderungen der Sache und denjenigen der Demokratie genügen?
- Wie steht es mit der eidgenössischen sammenarbeit?

Die Antworten sehen ungefähr so

- Innerhalb der Universität, die immer Innerhalb der Universität, die immer noch weitgehend von den Ideen und In-teressen der Dozenten geprägt ist, fehlt ein Mechanismus, der die Wünsche der einzelnen Fachrichtungen gegeneinan-der abwägt. Ob formale Mittel wie die entstehende Planungsorganisation und eine gesamtuniversitäre Budgetierung im neuen UG genügen, ist nicht sicher, weil selbe Winstrusen, an neden solche «Dienstwege» an anderen Universitäten mit Erfolg umgangen werden; partikuläre Vorstösse werden bei den entscheidenden Instanzen näm-lich nicht immer abgewiesen!

Während die Mediziner mit Während die Mediziner mit ihren Ausbauwinschen seltener auf Hinder-nisse stossen – sie drohen mit dem Aerz-temangel –, besteht gegenüber der Psy-chologie (nicht nur in Zürich) eine auf-fallende Antipathie. So populär solche Kriterien sein mögen, so offensichtlich ist ihr Ungenügen, vor allem im weiten Bereich zwischen den genannten Extremfällen.

- Ungenügend sind sicher auch Gre-– Ungenugend sind sicher auch Gre-mien wie die Hochschulkommission und der Erziehungsrat, deren Mitglieder – meist nebenantlich tätig und auf sich selber angewiesen – nicht um ihre Auf-gabe zu beneiden sind. So hängt es vielfach von der individuellen Initiative ab, ob Probleme überhaupt erkannt und bearbeiter werden Neue Entschei. bearbeitet werden. Neue Entschei-dungsmechanismen sind am ehesten auf Bundesebene zu erwarten, wo die hochschulpolitische Tradition noch kein sehr großes Trägheitsmoment auf-weist.

Die Institutionalisierung auf eidge-össischer Ebene ist durch die Unsi-- Die Institutionalisierung auf eitge-nössischer Ebene ist durch die Unsi-cherheit in bezug auf die Verfassungs-grundlagen und durch das zusätzliche Konfliktmoment Bund/Kantone schwer belastet. Die Revision des Hochschulförderungsgesetzes ist vorläufig unter anderem daran gescheitert, dass die Kantone den Wissenschaftsrat als stark Kantone den Wissenschaftsrat als stark-eidgenössisch geprägtes Organ, die Uni-versitäten – insbesondere die Studenten – den Nationalen Hochschulrat als zu politisches Organ kritisieren. Während bei der aktuellen Bewältigung von Pro-



blemen wie dem Numerus clausus die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen allgemein eingesehen wird (und wahr-scheinlich bald zu Absprachen zwi-schen den Hochschulkantonen führen schen den Hochschulkantonen führen wird), fehlen Richtlinien für die längerfristigen Aspekte. Die Regelung, wonach mit den eidgemössischen Subventionsleistungen keine Koordinationskompetenzen einhergehen, gefällt den Kantonen und Universitätsspitzen und wird wegen deren Widerstand in nächster Zeit kaum geändert werden.

Da eine grössere Revision des Hochschulförderungsgesetzes – des eidge-nössischen Subventionsgesetzes von schulförderungsgesetzes – des eidge-nössischen Subventionsgesetzes von 1968 – im Moment nicht zustande ge-kommen ist (die Vernehmlassungen weichen zu sehr voneinander ab), be-steht die Chance, dass man über die Neuordnung der Hochschulpolitik im Zusammenhang mit einer Revision der Bildungsartikel nachdenkt, ohne damit für andere Bereiche wie die Mittel-schule Präjudizien zu schaffen.

Christoph Wehrli

Die Meinung des KStR

### Ende einer Affäre – die Lehren sind zu ziehen

An der ersten Sitzung des Studenten-An der ersten Sitzung des Studenten-parlaments in diesem Semester hat eine Affäre ihren – hoffentlich defini-tiven – Abschluss gefunden, die vor etwa einem Jahr viel Staub aufgewir-belt hat. Der Grosse Studentenrat (GStR) verzichtete in einem Be-schluss vom 7. November 1973 dar-auf, die Mitglieder des KStR des Win-tersemesters 1971/72 wegen einzelner zwisfalbefter. Ausgeben zivillecheltlich zweifelhafter Ausgaben zivilrechtlich zu verfolgen. Um die Konsequenzen für die Zu-

Um die Konsequenzen für die Zu-kunft abschätzen zu können, ist ein kurzer Rückblick nötig.

Die Rechnung des Kleinen Studen-tenrats – Semestereinnahmen und -ausgaben von etwa 120 000 Franken – muss jeweils von einer Treuhand-gesellschaft revidiert und vom GStR genehmigt werden. Bei der Rechnung des Wintersemesters 1971/72 war for-mal allee in Ordwurg inheltlich fordes Wintersemesters 1971/72 war formal alles in Ordnung, inhaltlich fielen zwei Dinge auf; die Abschreibung eines ziemlich hohen Debitorenbestands (unbezahlte Rechnungen für Vervielfältigungen) und ein Spesenposten für ein Abschiedessen in der Höhe von über 600 Franken. Zur Überprüfung dieser und einiger anderer Punkte setzte der GStR eine Kommission ein, die in der Folge derer Punkte setzte der GSUR eine Kommission ein, die in der Folge eine unabsehbare Aktivität entfaltete. Der Bericht, den sie auf Anfang des Wintersemesters 1972/73 ausarbeitete, enthielt zahlreiche Vorwürfe an den betreffenden KStR, wobei Lappalien neben Wichtigerem, Tatsachen neben Verdächtigungen figurierten.

ten. Mit der Abklärung der Rechtmässigkeit der umstrittenen Ausgaben betraute der GStR in einem knapp angenommenen Beschluss einen Juriangenommenen Beschluss einen Juri-sten. Aufgrund seines Berichts machte der KStR im Februar 1973 bei drei Posten Ansprüche geltend: dem erwähnten Abschiedsessen, der Kreditpolitik (Debitorenabschrei-bung) und der Unterstützung einer Angela Davis Aktion Angela-Davis-Aktion,

Angela-Davis-Aktion.
Unterdessen hatte die Bezirksanwaltschaft eine Strafuntersuchung
eingeleitet; wären dabei Straftutbestände aufgetaucht, so hätten die
zivilrechtlichen Forderungen der Studentenschaft im gleichen Verfahren
durchgesetzt werden können. Aus
Mangel an eindeutigen Straftatbeständen wurde die Untersuchung
jedoch im August dieses Jahres eingestellt. Damit waren die Chancen jedoch im August dieses Jahres ein-gestellt. Damit waren die Chancen des zivilrechtlichen Vorgehens wesentlich gesunken. Der Verzicht auf weitere juristische Schritte war in dieser Situation der einzig richtige Entscheid: die umstrittenen Beträge waren im Verhältnis zu allfälligen Prozesskosten gering.

Eine Bilanz dieser verwickelten Geschichte darf sich nicht auf die rechnerische Seite beschränken. Die Streitsumme, die sich im Lauf der verschiedenen Abklärungen auf rund 1000 Franken reduzierte, hätte den Aufwand allein nicht gerechtfertigt. Wenn man anderseits darauf ver-weist, die damalige GStR-Mehrheit

sei aus politischen Gründen gegen sei aus politischen Gründen gegen einen andersgesinnten ehemaligen KStR vorgegangen, wird man dem Problem intelt gerecht, ob und wie der GStR die Ausgabenpolitik des KStR kontrollieren kann. Es geht also um die Tauglichkeit der studentischen Selbstverwaltung im Finanziellen, die bekanntlich von manchen gerne widerlegt worden wäre. Ruft man sich die lage in Bern in Frinanzieh der State der St man sich die Lage in Bern in Erinne rung, wo seit diesem Frühling eine rung, wo seit diesem Frühling eine Kommission des Regierungsrats das Budget der Studentenschaft Punkt für Punkt durchmustert und nach schwer durchschaubaren Kriterien stutzt, oder weiss man, wie interesiert die Aufsichtsbehörden (Hochschulkommission, Erziehungsdirektion) die Untersuchungen verfolgten, so kann man nicht aus Toleranz gesentiber, dem Kommilitagen Ausgehöften. genüber dem Kommilitonen Ausga-ben am Rande des Zulässigen akzep-Den am Kande des Zulassigen akzep-tieren. Die Studentenschaft ist ge-genüber ihren Mitgliedern – alle immatrikulierten Studenten – letzt-lich verantwortlich. Eine öffentlich-rechtliche Zwangskörperschaft hat auch deshalb pedantisch auf ihre Reglemente und auf finanzielle For-malitäten zu achten, weil sie sonst malitäten zu achten, weil sie sonst denjenigen Vorwände liefert, welchen die Unabhängigkeit oder gar die Existenz dieser Organisation ein Existenz dieser Organisation ein Dorn im Auge ist. Das heisst allerdings nicht, dass zur Erreichung einer korrekten Finanzpolitik jedes Mittel geeignet sei. Die Publizität, die sich, ausgehend von einer von privater Seite herausgegebenen Hochschulzeitung, um den KSR 71/2 entwickelte, war zwar nicht unvermeidlich, aber auch nicht völlig auszuschligeren Dies hätte auf ielden vermeddich, aber auch nicht völlig auszuschliessen. Dies hätte auf jeden Fall zu Beginn der Untersuchungen nicht ignoriert werden dürfen. Denje-nigen, die die Sache unnötig breit-schlugen, war offenbar weniger

daran gelegen, sie zu bereinigen, als uaiai geiegen, sie zu bereinigen, als sie politisch auszunützen – ohne Rücksicht darauf, dass in solchen Fällen immer die Studenten und ihre Organisation insgesamt diskreditiert werden.

werden.
Das im Auftrag des GStR vorbereitete gerichtliche Verfahren hat sich aber noch mehr aus einem anderen Grund als Sackgasse erwiesen. Die Grund als Sackgasse erwiesen. Die kritischen Fragen hätten nämlich nur aufgrund klarer studentenschaftsinterner Reglemente entschieden werden können. Anders gesagt hätte eine klarere, juristisch verbindliche Umschreibung des Spielraums von KStR, GStR und Kommissionen den Vorteil, dass Fehler nicht nur leichter verfolgt, sondern auch vermieden werden könnten.

werden konnten. Auf drei Ebenen ist hier einiges zu ändern: Im neuen Uni-Gesetz soll der Zweck der Studentenschaft verankert Zweck der Studentenschaft verankert werden, so dass – nach dem Vorschlag der Studentenschaft bzw. eines von ihr veranlassten Gutachtens – politische Stellungnahmen (also etwa auch im Fall Angela Davis) nur unter Betonung eines sperifisch studentischen Interacene (z. B. zifisch studentischen Interesses (z. B. Lehr- und Lernfreiheit) zulässig Zweitens hat der GStR den KStR mit Zweitens hat der GStR den KStR mit der Ausarbeitung eines neuen Finanzreglements beauftragt, damit um die Beanspruchung von Spesenposten keine Emotionen mehr aufkommen können. Und schliesslich sollen – ebenfalls im Auftrag des GStR – Wege gesucht werden, die eine inhaltliche, aber dennoch unabhängige Prüfung der Rechnung des KStR ermöglichen.

Werden diese Konsequenzen gezogen, so hat die Studentenschaft aus

gen, so hat die Studentenschaft aus einer an Irr- und Umwegen reichen Geschichte das Beste gemacht.

### Hans Huber

ein Synonym für Medizin und Psychologie

### Hans Huber

das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

### Hans Huber

Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6 beim Schauspielhaus 01 34 33 60

### Zum guten Essen

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) All-in-Menus (Getränk –.75, Kaffee –.75).



### Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), nich Schritte vom Limmatquai (»Wellenberg« am Abend mit Pianist).

### Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)



#### APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH

Dr. Peter Eichenberger-Häfliger Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30

# PHARMA

Pharma-Tip: Grippe-Prophylaxe jetzt beginnen: Bei geschwächter Resistenz ist Erkrankung wahrscheinlich, daher vermeiden: Erkältung, Erschöpfung durch übermässiges Arbeiten oder Festen, Mangelernährung, Medikamentöse Möglichkeiten: Schluckimpfung gegen Erkältungen, Polyvitamipräparate. Grippeimpfung nur bei besonderer Gefährdung.

### Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Wir empfehlen: Hirschpfeffer mit Spätzli Poulet «Catalan»

Fr. 7.90 Fr. 7.90

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen

P. und M. Tibau-Betschart



### Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

### Unsere Spezialgebiete:

Mathematik Physik Chemie Geologie Mineralogie Geographie Astronomie Zoologie Botanik Biologie Landwirtschaft Elektrotechnik Datenverarbeitung Maschinenbau Bautechnik Wirtschaft

### Freihofer AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik 8006 Zürich Universitätstrasse 11 Tel. 47 08 33/ 32 24 07

### jedermann kann blind maschinenschreiben lernen

...in nur 14 Stunden!

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h. Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause, Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse, Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

### **Gratis-Demonstration**

jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h jeden Mittwoch 16.00 h

### SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG

Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-2715 00

# BÜCHER

für Ihr Studium aus allen Wissensgebieten



VANDENHOECK + RUPRECHT GÖTTINGEN + ZÜRICH

Zweigniederlassung: Badenerstrasse 69, Postfach, 8026 Zürich

Theologie Philosophie Psychologie Rechtswissenschaft Sozialwissenschaft Sprachwissenschaft Geschichte und Politik Medizin Mathematik Technik

Verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler die ausführlichen Verzeichnisse

# Schauspielhaus Zürich Spielplan 1973/74

### DER ALPENKÖNIG UND DER MENSCHENFEIND

Original-Zauberspiel von Ferdinand Raimund mit der Musik von Wenzel Müller

### **DIE MANNSCHAFT**

Schauspiel von Jason Miller Deutschsprachige Erstaufführung

# DER ERFINDER ODER SCHPACK OND BOHNE

Schauspiel von Hansjörg Schneider Uraufführung

#### BAAL

Stück von Bertolt Brecht

### DER TAG, AN DEM DER PAPST GEKIDNAPPT WURDE

Komödie von Joao Bethencourt Deutschsprachige Erstaufführung

### **DIE DREI SCHWESTERN**

Drama von Anton Tschechow

### KISS ME, KATE!

Musical von Samuel und Bella Spewack nach Shakespeare Musik von Cole Porter

### DIE ERSCHAFFUNG DER WELT UND ANDERE GESCHAFTE

Schauspiel von Arthur Miller Deutschsprachige Erstaufführung

### DAS FINANZGENIE

Komödie von Honoré de Balzac

### HAMLET

Tragödie von William Shakespeare

### **AKROBATEN**

Schauspiel von Tom Stoppard

### **WORTE GOTTES**

Tragikomödie von Ramon del Valle-Inclan Schweizerische Erstaufführung

Produktionen im Zweiten Programm Gastspiele der Basler Theater

Karten zu Fr. 8.–, 6.–, 5.–, 4.–, 3.– und 2.– erhalten Studenten, Tagesschüler und Mitglieder der Jugend-Theatergemeinde (I. T. G.) mit Legitimationskarten an der Abendkasse. Für reguläre Vorstellungen am Sonntagnachmittag, Sonntagabend, Montag, Dienstag und Mittwoch kann ab Samstag der vorangehenden Woche der Vorverkauf zu den gleichen Bedingungen wahrgenommen werden.

Auskünfte über Stücke und Aufführungen erteilt jederzeit gerne die Dramaturgie: Tel. 47 96 10, intern 49

